Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 165 19. Februar 1977

INLAND

seite 1: *wo blieb der letzte ID stecken? / wer steckt da seine nase rein? / bullenrazzia in der straßenbahn / zeltlager 77 für nordirische jugendliche / veranstaltung zu jugendwohnheimen*

Zum Russell-Tribunal über die Repression in der BRD

INTERNATIONALES

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

WO BLIEB DER LETZTE ID STECKEN?

Am Freitag, dem traditionellen ID–Druck-Zusammenleg- und Versandtag, ging ein unheilvolles Rütteln und Rattern durch ein neuartiges Anlegesystem bei der Sammelheftmaschine. Das Ding blieb verstockt, kam zum Stillstand und wir brachten nur einen geringen Teil der Auflage zur Post. Für Montag war ein Monteur angekündigt, nur kam der nicht. Anfänglich dachten wir, das sei ganz gut so, denn eine zeitlang lief die Maschine wieder. Aber nur kurz, denn darauf tat es einen Mordsschlag und alle Räder standen still. Wieder gingen nur ein paar ID's raus. Den großen Rest haben wir dann erst Dienstag mit vergleichsweise konservativen Arbeitsmethoden fertiggestellt.
Nun hoffen wir, daß euch wenigstens diese Verspätungsnachricht pünktlich erreicht.

WER STECKT DA SEINE NASE REIN?

BOCHUM
17.Februar

Die Genossen von der Politischen Buchhandlung Bochum, Im Westerfeld 22, 4630 Bochum,wundern sich, wieso bei ihnen Pakete geöffnet ankommen:

„Daß Pakete und Briefe an linke Buchhandlungen dann und wann einmal einer besonderen Kontrolle unterzogen werden ist wohl anzunehmen. Was sich hier bei uns in Bochum langsam einbürgert, sprengt jedoch deutlich die Toleranzschwelle, die wir den Behörden einräumen. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die wöchentlichen Sendungen des ID und des Info BuG. Die ID-Pakete kommen jeden Montag an vier Seiten fein säuberlich aufgetrennt an. Sie sind nicht mal wieder verschlossen,um auch nur den Schein zu wahren.

Suhrkamp oder Rowohlt, Wagenbach oder Rotbuch haben gute Aussichten, ihre Pakete ungeöffnet zum Empfänger zu bringen. Päckchen der BUU haben dummerweise eine derart schlechte Verpackung, daß sie auf der Post einfach mal so an der Längsseite aufreißen.

Seit ein paar Tagen marschieren wir nun mit jedem offenen Päckchen und Paket zum Dienststellenleiter. Dort wird man bestenfalls mit der Geschichte von der schlechten Verpackung hingehalten. Mit diesen Dümmlichkeiten wollen wir uns nicht länger zufriedengeben. Schwieriger scheint uns das Aufgreifen dieser Vorfälle über den linken Buchhandel hinaus zu sein. Da wir jetzt an der Ecke etwas Putz machen wollen, könnt ihr Berichte, Fotos usw. an uns schicken."

BULLENRAZZIA IN STRASSENBAHN

FRANKFURT
17. Februar

Der Frankfurter Verkehrsverbund (FVV) und die Bullen werden immer dreister. Vor einigen Wochen verkündete der FVV, künftig Schwarzfahrerkontrollen nicht nur innerhalb der Straßenbahnen durchzuführen, sondern die Kontrollen auf dem gesamten Bahnsteigbereich auszudehnen. Das bedeutet, daß auch innerhalb des U-Bahn-Tunnels u.ä. kontrolliert werden kann. Am vergangenen Montag machten Bullen und FVV zusammen am Frankfurter Goetheplatz eine Razzia auf ‚Schwarzfahrer'. Ein Betroffener berichtet:

„Am Montag fuhr ich so zwischen 9 und 10 Uhr von der Hauptwache in Richtung Bockenheim. Kurz vorm Goetheplatz hielt die Straßenbahn plötzlich an und alle Leute wurden über Lautsprecher aufgefordert, auszusteigen. Draußen standen ungefähr 15 Leute, davon waren 6 uniformierte Polizisten. Der Rest waren Zivile entweder von den Bullen oder vom FVV. Dann wurden die Fahrscheine und die Personalausweise von den Typen kontrolliert. Ich hatte zwar einen Fahrschein, aber keinen Ausweis bei mir, also durfte ich zur ‚Personalienüberprüfung' in einen Bullenkombi, der in der Nähe stand. Die ganze Geschichte dauerte ungefähr eine Viertelstunde. Dann hatten sie mich ‚überprüft' und ich konnte gehen."

Vor dem Wagen standen inzwischen die anderen Leute aus der Bahn in Gruppen herum, diskutierten und waren unheimlich sauer. Sie erzählten, daß fünf oder sechs Leute ohne Fahrschein von den Bullen in ‚Grüne Minnas' abgeführt worden seien. Einige meinten sogar in Handschellen.

Weil die Frankfurter Rundschau sich seit einigen Wochen gegen den FVV stark gemacht hatte und massenweise kritische Leserbriefe zu den angekündigten scharfen Kontrollen veröffentlich hatte, schrieb er die Geschichte auf und gab das Blatt einem Typen von der Lokalredaktion. Doch nichts geschah. Tage später rief er erneut an und fragte, warum man die Razzia verschwiegen hätte.

Darauf gab es großes Erstaunen bei der FR, denn man hatte angeblich von der Geschichte noch nichts gehört und konnte sich auch nicht erklären, wo der erste Schrieb abgeblieben sein könnte. Man wollte sich aber um die Sache kümmern. Das „sich darum kümmern" sah dann so aus, daß ein Typ von der Rundschau bei der Polizei und beim FVV anrief und nach der Razzia fragte und die Bullen und der FVV schlichtweg leugneten,daß diese Razzia überhaupt stattgefunden hätte.

Da auch nur ein Zeuge des Überfalls sich überhaupt gemeldet hat, war für die FR klar, daß der Betroffene wohl zu viel Phantasie hat. Und für die Frankfurter Rundschau war die Geschichte damit erledigt.

ZELTLAGER 77 FÜR NORDIRISCHE JUGENDLICHE

OBERURSEL
16. Februar

Auch in diesem Jahr soll erneut ein Zeltlager für Jugendliche aus Belfast in der BRD stattfinden, wo nordirische und westdeutsche Jugendliche gemeinsam ihre Erfahrungen austauschen können.

So ein Lager kostet natürlich viel Geld, da für die Belfaster Jugendlichen nahezu alle Flug- und Reisekosten übernommen werden müssen. Wir sind deshalb zur Durchführung des Lagers dringend auf *Spenden* angewiesen. Greift mal tief in die Tasche für diese wichtige Sache — und schlagt Betty Williams ein Schnippchen.

Damit euch die Sache„versüßt" wird, gibts für jede Spende — klein oder groß — einen großformatigen Bildkalender 1977 mit aktuellen Kampfszenen aus Nordiland automatisch ins Haus.

Also greift auch in eures Nächsten Tasche (nicht ungefragt) und überweist ein paar Mark auf das Postscheckkonto 29101 - 604, Internees Release Association, Frakfurt

WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel 5

VERANSTALTUNG ZU JUGENDWOHNHEIMEN

FRANKFURT
17.Februar

Um die beiden Jugendwohnheime Ziegelhüttenweg und Zingelswiese gibt es seit Monaten Auseinandersetzungen. Die Stadt versucht mit und ohne List, die Jugendlichen aus den selbstverwalteten Häusern rauszukriegen. Der Strom wurde schon mal abgestellt, polizeiliche Räumung ist auch drin, seit die alten Träger die Heime abgegeben haben. Zur Situation und zur Gegenwehr gibt es am **1.März im Bürgerhaus Nordweststadt um 20.00** eine Veranstaltung.

AUFRUF
DER BERTRAND RUSSEL FOUNDATION
ZUR WELTWEITEN UNTERSTÜTZUNG
EINES RUSSEL–TRIBUNALS
ÜBER REPRESSION IN DER BUNDESREPUBLIK

Aus allen Teilen Westeuropas sind bei der Bertrand Russell-Foundation Appelle eingegangen, in denen eine internationale Untersuchung der Situation in der Bundesrepublik Deutschland gefordert wird. Diese Aufforderungen, die sich durch ihren Tatsachengehalt auszeichnen und die sowohl von Organisationen als auch von Individuen kommen, betreffen vor allem den sogenannten Radikalenerlaß, demzufolge bestimmten Staatsbürgern aus politischen Gründen die Ausübung ihres Berufs verwehrt wird. Diese Praxis ist mittlerweile international unter dem Wort „Berufsverbot" bekannt geworden. Ferner werden andere Angaben über den Abbau von Menschenrechten gemacht. Manche dieser Appelle stellen auch die Frage nach den Folgen dieser Praxis in der BRD für die gesamte europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für andere europäische Staaten. Viele der Appelle zitieren Gesetze und Statistiken der Bundesregierung und enthalten anderes dokumentarisches Material. In einigen Appellen finden sich Auszüge aus kritischen Stellungnahmen zur Politik der Bundesregierung, die in konservativen, liberalen und sozialistischen Presseorganen der USA und Westeuropas erschienen sind.

Die Russell-Foundation, die 1963 von Bertrand Russell ins Leben gerufen wurde, um seine Arbeit für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte weiter zu entwickeln, hat diese Appelle mehrere Monate lang sorgfältig geprüft. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß in der Bundesrepublik eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrückung und Beunruhigung gekennzeichnet ist, und daß alle Umstände mit größter Sorgfalt untersucht werden sollten. 1966 berief Bertrand Russell das „Internationale Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam" ein, das weltweit als Russell-Tribunal bekannt wurde. Das zweite Russell-Tribunal hatte die „Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" zum Gegenstand. Diese internationalen Tribunale sind nicht mit staatlicher Gewalt ausgestattet. Ihre moralische Autorität beruht auf der Integrität ihrer Mitglieder, und ihre Urteile stützen sich auf das ihnen vorgelegte Beweismaterial.

Viele der Appelle, die an die Bertrand Russell-Foundation gerichtet wurden, fordern die Einsetzung eines Russell-Tribunals über Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Russell-Foundation reagierte auf diese Aufforderungen positiv und ruft die Öffentlichkeit in der ganzen Welt auf, die Errichtung eines Russell-Tribunals zu unterstützen, nationale Unterstützungskommitees zu gründen, dazu beizutragen, die notwendigen Mittel für dieses Tribunal aufzubringen und wichtiges dokumentarisches Material zu sammeln, das einem Tribunal vorgelegt werden kann. Die Foundation betont, daß ein solches Tribunal nicht ohne massive Unterstützung der Öffentlichkeit veranstaltet werden kann; denn nur mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit können die nationalen Kommitees getragen und kann die Arbeit eines Tribunals finanziert werden.

Über die Reaktion auf diesen ihren Aufruf wird die Foundation Ostern 1977 berichten.

Russel Peace Foundation

BERTRAND RUSSELL HOUSE,
GAMBLE STREET,
NOTTINGHAM NG7 4ET,

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DES RUSSELL-TRIBUNALS ÜBER DIE REPRESSION

1. Die Bertrand-Russel-Peace-Foundation hat sich entschlossen, ein Russel-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland zu veranstalten. Zur Unterstützung dieses Tribunals hat sich ein Initiativausschuß gebildet, der sich aus Personen des politischen,kulturellen,gewerkschaftlichen und kirchlichen Lebens zusammensetzt.
Russel-Tribunale hat es bisher über ‚Kriegsverbrechen in Vietnam' und über die ‚Unterdrückung in Brasilien,Chile und Lateinamerika' gegeben. Die Russel-Foundation verfügt nicht über die materiellen Mittel, dieses Tribunale selbst durchzuführen. Zum Gelingen des Projekts ist sie deshalb auf finanzielle Unterstützung angewiesen.
Russel-Tribunale setzen sich aus unabhängigen demokratischen Persönlichkeiten unterschiedlicher Nationalität zusammen. Sie sind an keinerlei staatliche Institutationen oder sonstige machtpolitische Interessen gebunden.

Das Russel-Tribunal über die ‚Repression in der BRD'

wird noch in diesem Jahr die Frage einer Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte in der BRD untersuchen und der Öffentlichkeit seine Informationen darüber unterbreiten.

2. Die Entscheidung, ein solches Tribunal durchzuführen, stützt sich darauf, daß in der Bundesrepublik angesichts zunehmender ökonomischer und politischer Schwierigkeiten im eigenen Land und im Blick auf die entwickelteren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im europäischen Ausland, ein sicherheitspolitisches Instrumentarium modellhaft entwickelt wird, das soziale Spannungen durch einen massiven Abbau demokratischer und freiheitlicher Rechte einzudämmen versucht und sich offen als Muster für benachbarte und verbündete Staaten anbietet.

Offiziell wird der repressive Charakter dieser Politik der ‚inneren Sicherheit' allerdings bestritten: „Es gibt in der Bundesrepublik weder Berufsverbote noch Gesinnungsschnüffelei.Auch werden keine Beamte entlassen, die ‚Linksbewegungen' angehören". Dieser Satz des Westberliner Innensenators und Vorsitzenden der Innenministerkonferenz der Länder, Kurt Neubauer (SPD), ist mittlerweile die gängige Antwort bundesdeutscher Politiker auf die wachsende Kritik vor allem aus dem Ausland geworden. Als ob es den ‚Radikalenerlaß',die Überprüfung von rund 800 000 Bewerbern und die 3000 Berufsverbote im Öffentlichen Dienst nicht gäbe.

Dabei hat die Gesinnungsschnüffelei und die Jagd auf ‚Extremisten' längst auf andere Bereich übergegriffen:

- ermuntert durch die staatlich sanktionierte Berufsverbotepraxis sorgen Rundfunkanstalten und Verlage für eine ‚Ausgewogenheit', die kritische Ansätze neutralisieren soll
- Anwaltskammern beweisen durch sogenannte Ehrengerichtsverfahren gegen linke Strafverteidiger ihre Staatstreue
- Frauen,die abgetrieben haben,werden Repressionsmaßnahmen unterworfen
- die Gewerkschaftsvorstände haben sich mit den ‚Unvereinbarkeitsbeschlüssen' ein bequemes Mittel geschaffen, um den Kampf gegen die innergewerkschaftliche Opposition zu führen
- die Unternehmer nutzen dieses Klima aus, um noch forcierter den innerbetrieblichen Werkschutz als Spitzel- und Unterdrückungssystem auszubauen. Brokdorf hat bewiesen, wie gut er sich als paramilitärische Truppe einsetzen läßt.

3. „Die Bundesrepublik ist einer der freiheitlichsten Staaten der Welt", oder: „Noch niemals in der deutschen Geschichte hat es ein solches Ausmaß an Freiheit gegeben". Solche und ähnliche

Sätze bekommt man aus dem Mund der verantwortlichen Politiker tagtäglich zu hören. Tatsächlich haben aber diese Politiker in den letzten Jahren durch neue Gesetze und die schärfere Fassung bestehender einen massiven Abbau demokratischer Rechte betrieben und so die Notstandsgesetze von 1968 wirksam im Sinne eines umfassenden Repressionsinstrumentariums ergänzt. Während die in der Verfassung niedergelegten Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden, ist gleichzeitig die Machtbefugnis von Polizei- und Justizapparat gewaltig gesteigert worden:

— die Polizei wird zunehmend militarisiert und darf Handgranaten und Maschinengewehre gegen eine Menschenmenge einsetzen, „wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen". In den ‚Mobilen Einsatzkommandos' (MEK) steht der Polizei eine hochspezialisierte Truppe zur Verfügung. Der gesetzlich vorgesehene gezielte Todesschuß soll die zahlreichen Exekutionen" auf offener Straße sanktionieren und jede Hemmung zur Vernichtung von „Störern" beiseiteräumen. Wenn die Polizei eine hoch „Störern" beiseiteräumen. Wenn die Polizei nicht ausreicht, steht der dauernd verstärkte Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppe zum Einsatz bereit.

— die Justiz hat durch den Prozeß von Stammheim modellhaft bewiesen und beweist es einmal mehr durch den laufenden Prozeß gegen Karl-Heinz Roth, daß Rechtsprechung als Instrument verschärfter politischer Repression funktionieren kann. Wo sie in Schwierigkeiten kommt, sorgen neue Gesetze für die Einschränkung der Rechte von Verteidigern und Angeklagten. Die Verschärfung der Haftbedingungen schließt ein, wie der Tod von Katharina Hammerschmidt und Holger Meins, der Versa- un gung angemessener medizinischer Versorgung im Falle Karl-Hein Heinz Roths zeigen, daß die Vernichtung inhaftierter politischer Gegner billigend in Kauf genommen wird.

— neue Strafrechtsbestimmungen wie die §§ 88a, 130a, 140 StGB ergänzen die Maßnahmen justizförmiger Zensur und richten sich nicht nur gegen fortschrittliche Verlage und Buchhandlungen. Sie erlauben es, jeden Arbeiter, der in einem Flugblatt zum Streik aufruft oder sich mit laufenden Aktionen solidarisiert, jedem Bauer, der zum Widerstand gegen die Zerstörung seiner Existenz durch Kernkraftwerke und Industrieansiedlungen auffordert, als „Befürworter von Gewalt" polizeilichen Ermittlungen zu unterwerfen und strafrechtlich zu verfolgen.

— das neue Verfassungsschutzgesetz ermöglicht es, Dossiers über politische Aktivitäten jedes Bürgers jederzeit von den Behörden abzurufen. Ausländischen Geheimdiensten und Firmenleitungen wird „Amtshilfe" geleistet. Ausländerrechtliche Bestimmungen werden verschärft angewandt. Künftig sollen Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und erkennungsdienstliche Behandlungen zu jeder Tages und Nachtzeit erlaubt sein.

Alle diese Maßnahmen sollen die Formulierung von Kritik, di die Entwicklung alternativer politischer Vorstellungen und jeder Zusammenschluß, der auf Veränderung abzielt, schon im Keim ersticken. Direkt betroffen ist bisher nur eine kleine Anzahl von Bürgern, indirekt fühlen sich jedoch Millionen getroffen. Verstummen und Anpassung gegenüber der Staatsmacht sind jedem sichtbare Symptome. Niemand kann sich den Auswirkungen ent ziehen. Ein Klima alltäglicher Einschüchterung greift um sich und bewirkt, daß in vielen Fällen auf die Wahrnehmung demokratischer Rechte von vornherein verzichtet wird. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Möglichkeiten bereitgestellt, bei einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte, auch Massenbewegungen niederkämpfen zu können, ohne den Rahmen des parlamentarischen Systems und damit den Schein der Demokratie sprengen zu müssen.

4. Es liegt in der politischen Logik dieses Systems repressiver Ge Gesetze und Maßnahmen, daß die von ihm ausgehende Demontage der demokratischen Rechte nicht auf die Bundesrepublik be beschränkt bleibt. Als „Modell Deutschland" greift es über die nationalen Grenzen hinaus und drängt sich anderen europä- cher ischen Staaten als Beispiel der repressiven Befriedung sozialer un und politischer Interressengegensätze auf. Möglichen Rückwirkungen, die von politischen und ökonomischen Umwälzungen in benachbarten oder verbündeten Staaten ausgehen könnten, soll damit schon vorbeugend begegnet werden. Erste Ansätze einer derartigen Politik werden bereits praktiziert. Dazu zählen

- die kaum verschleierten politischen und ökonomischen Interventionen in die Demokratisierungsprozeße in Portugal und Spanien
- die unverblümten Aufforderungen an Italien, Kommunisten nicht an der Regierung zu beteiligen
- die Gewährung von Wirtschaftshilfe mit der Forderung nach einem Abbau gewerkschaftlich erkämpfter Rechte der italienischen Arbeiterklasse zu verknüpfen
- der Druck auf die griechische Regierung, um die Auslieferung Rolf Pohles zu erzwingen und das geltende Asylrecht im europäischen Rahmen aufzuweichen
- die Ausdehnung der politischen Überprüfung auf EG-Beamte oder im Ausland beschäftigte deutsche Lektoren

und ähnliche Versuche, das Selbstbestimmungsrecht und die demokratischen und freiheitlichen Rechte in anderen Ländern zu beschneiden. Das „Modell Deutschland" als Muster für ein vereintes Europa wird deshalb zunehmend in anderen europäischen Staaten als Bedrohung einer freiheitlichen und demokratischen Entwicklung erkannt, gegen die Widerstand zu leisten ist.

5. Die Unterzeichner dieses Aufrufs begrüßen es daher, daß die Bertrand-Russell-Peace-Foundation ein Tribunal zur politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland durchführen wird und fordern dazu auf, dieses Tribunal in jeder Hin- cht sicht materiell und öffentlich zu unterstützen. Es scheint uns ein wichtiger Beitrag zu sein, antidemokratische Tendenzen abzuwehren, die heute zu einer konkreten Bedrohung für Frieden, Freiheit
Freiheit, Demokratie und Fortschritt in Europa und insbesondere in unserem eigenen Land geworden sind.

Unterschriften:
Frankfurter Arbeitskreis gegen Repression
Sozialistisches Büro
Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee
Frankfurter Informationsdienst

ARBEITSKONFERENZ ZUR VORBEREITUNG DES RUSSELL-TRIBUNALS

FRANKFURT (ID) 16. Februar

Die Arbeitskonferenz wird wie angekündigt, am **5./6. März in Frankfurt** stattfinden. Es sind nochmal alle Gruppen und Initiativen, die gegen Repression kämpfen aufgerufen, sich mit ihren Erfahrungen in die Vorbereitung für das Tribunal der Russell-Stiftung einzubringen.

Da nicht abzusehen ist, wie groß die Beteiligung sein wird, sind alle Gruppen gebeten, **Delegierte** zu schicken, wenn möglich nicht mehr als 2-3 Personen je Gruppe, um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Die Arbeitskonferenz soll auch wesentlich dem **Austausch von Materialien** über die Arbeit der Gruppen/Initiativen dienen, deshalb bereitet bitte schriftliches Material in ausreichender Anzahl vor, in dem über eure Arbeit berichtet wird. Bis jetzt sind folgende **Arbeitsgruppen** vorgesehen:

- Berufsverbote im öffentlichen Dienst
- Repression im Betrieb/Gewerkschaft (Ausschlüsse)
- Haftbedingungen politischer Gefangener
  Einschränkung der Verteidigerrechte
  Verteidigerausschlüsse etc.
- Militarisierung/Ausbau des Gewaltapparats

– Frauenunterdrückung
  (hier liegt bereits der detaillierte Aufruf der Frauengruppen vor. siehe ID 162 vom 29.1.77)
– Verfolgung der Ausländer
– Fortschrittliche Sozialarbeit/Jugendzentren/Jugendpolizei etc.
– Unterdrückung in den Medien/Zensur/§ 88a etc.

Tagesordnung der Arbeitskonferenz

I
Der Initiativausschuß stellt sich vor
Vorschläge und Wahl der Versammlung/Diskussionsleitung
Gegenseitiges Bekanntmachen (Verlesen der Anwesenheitsliste)

II
Die Bedeutung des Russell-Tribunals für alle, die sich gegen die Repression wehren (kurzer Beitrag).
Was ist die Russell-Peace-Foundation? Vietnam-Tribunal/Lateinamerika-Tribunal.
Stand der Vorbereitungen durch die Arbeit der Initiative.
Welchen weiteren Verlauf hat das Tribunal?
Fragen und kurze Diskussion

III
Beitrag von Sebastian Cobler – Darmstadt – über Entwicklung und Stand der Repression in der BRD
Der Beitrag wird in Thesenform bzw. Kurzfassung auch schriftlich vorliegen.
– Diskussion.

Pause.

IV
Treffen der Arbeitsgruppen

V
Plenum
Der Abend ist freigehalten für lockere Gespräche

6. März

VI
Diskussionsveranstaltung
Die politische Situation in der BRD aus der Sicht des Auslands- „Modell Deutschland" und die Konterkritik der BRD (der häßliche Deutsche)

Pause

VIII
Arbeitsgruppentreffen
Wie kann die Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppen über die Arbeitskonferenz hinaus aussehen?
Vordiskussion über die Zusammensetzung des Nationalen Unterstützungskomitees

IX
Plenum
Kurzer Austausch der Arbeitsgruppenergebnisse
Wahl des Nationalen Unterstützungskomitees

Erläuterung zur Tagesordnung

Zu den Arbeitsbedingungen:
Die Planung stand von Anbeginn unter dem nicht lösbaren Gegensatz, innerhalb von weniger als zwei ganzen Tagen sehr vielfältige Bedürfnisse und Interessen zu berücksichtigen.

Einmal soll über das Russell-Tribunal informiert werden und sind Diskussionen und Abstimmungen notwendig, damit die Arbeit weiterlaufen kann. Zum anderen soll möglichst viel Raum sein für Erfahrungsaustausch, sich kennenzulernen und Entwickeln von Ansätzen gemeinsamer Aktivität.

Drittens ist eine allgemeine politische Diskussion über die Situation der BRD und unsere Lage bzw. Einschätzung von politischer Arbeit ein allgemeines Bedürfnis, wie auch der Wunsch, daß so etwas in einer entspannten Form geschehen sollte. Es liegt auf der Hand, daß die vorhandene Zeit dazu nicht ausreicht.

In der vorliegenden Tagesordnung haben wir versucht, eine gute Mischung zu finden. Dazu eine Erläuterung:
Die ersten beiden Tagesordnungspunkte dienen zur allgemeinen Orientierung, da wir davon ausgehen können, daß die Russell-Foundation bzw. die bereits stattgefundenen Tribunale nicht sehr bekannt sind. Dazu kommt, daß die Berichte über die Vorbereitung des Tribunals mehr Verwirrung geschaffen haben als gut ist und da vieles wieder geradezurücken ist. Das alles soll aber in kurzer Form geschehen.

Punkt drei ist der Übergang zur inhaltlichen Diskussion und als gemeinsamer Ausgangspunkt ist der Beitrag vorgesehen.

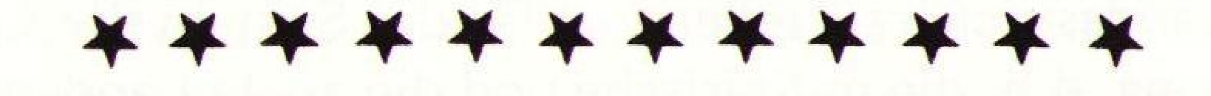
Die zweite Tageshälfte und der Abend sind bewußt so konzipiert, damit Gespräche und Kontakte, die sich während der Arbeitsgruppen bzw. vor oder nachher angebahnt haben, entwickeln können. Das Plenum am Abend hat nicht die Funktion Leistungen zu präsentieren, sondern soll mehr zwischen den Arbeitsgruppen vermitteln wie die Diskussionen laufen, damit eine Bornierung auf die eigenen Probleme angeknackst werden kann.

Aus diesem Grund ist die ursprünglich für den Abend vorgesehene Diskussionsveranstaltung auf den Morgen des Sonntags verlegt worden. Die Veranstaltung soll einen internationalen Aspekt in unsere Diskussionen bringen. Die Initiative für das Russell-Tribunal ging vom Ausland aus und das Interesse der westeuropäischen Öffentlichkeit an der Entwicklung in der BRD ist ein wichtiges Hilfsmittel in unserem Kampf gegen die Repression hier. Wichtig sind die Versuche der bürgerlichen Öffentlichkeit, eine Konterkritik zu entwickeln, z.B. mit dem „häßlichen Deutschen' um die Kritik aus dem Ausland abzuwürgen, bzw. ihr einen Nationalismus neuer Prägung entgegenzustellen.

Der Nachmittag bringt die Entscheidung über die Zusammensetzung des Nationalen Unterstützungskomitees und die Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppen über die konkrete Weiterarbeit in ihrem Bereich.

Wir sind davon ausgegangen, daß viele bereits am Nachmittag die Heimreise antreten werden und möchten deshalb bereits jetzt daraufhinweisen, die am Sonntag-Nachmittag anstehenden Entscheidungen rechtzeitig anzusprechen, damit auch alle Arbeitsgruppen an der Entscheidung über die Zusammensetzung des Nationalen Unterstützungskomitees teilhaben bzw. an andern wichtigen Punkten.

Für alle, die gerne Straßenmusik hören!
Am gleichen Wochenende findet auf Frankfurts Straßen und Plätzen das erste überregionale Treffen der Straßenmusiker statt. Insofern, wenn auch der Tag frustig ist, der Abend wird heiter, weil da gemeinsames Aufspielen ist. Genaueres dann am Ort.



EIN PFÖRTNER MACHT NOCH KEINEN WERKSCHUTZ

Wie beim Treffen der Alternativzeitungen in Hannover beschlossen, haben wir einen Beitrag zum Thema Werkschutz zusammengestellt.
Damit ist dieses Gebiet natürlich längst nicht abgehandelt. Im Gegenteil haben wir gerade bei der Vorbereitung gesehen, daß hier erste eine Übersicht dieses Problems geboten wird. Für eine politische Bearbeitung ist vor allem die Konkretisierung auf die in den einzelnen Städten und Regionen angesiedelten Betriebe wichtig.Genau zu betrachten, wie diese alltägliche Bespitzelung und Einschränkung erfolgt und durch wen. Der Bereich der Betriebsjustiz ist in diesem Artikel auch nicht einbezogen worden, weil wir es einfach nicht mehr geschafft haben. Das sagt absolut nichts über die Wichtigkeit aus. Die Betriebsjustiz ist vielmehr fester Bestandteil des Unterdrückungsapparates und wenn sie früher quasi außerhalb des legalen Rahmens praktiziert wurde, ist augenblicklich keine Beseitigung dieses Umstandes in Sicht als vielmehr eine Legalisierung bisher ungesetzlicher Praktiken.

Wir bitten alle, die mit dem Material arbeiten und Neues dazubringen, uns eine Kopie oder ein Exemplar davon zu schikken, damit wir am Ball bleiben können.

(ID-Werkschutz)

„Die Herstellung einer inneren Front ist genauso wichtig wie die Herstellung einer äußeren Front."

KONRAD ADENAUER 1951 auf einer Veranstaltung des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI)

Der Auftritt des „Wachkommandos Nord" in Brokdorf, Seite an Seite mit Polizei und BGS, hat augenfällig gemacht, daß der Werkschutz schon längst seinen festen Platz in der „inneren Front" hat. Will man diesen Platz genauer ausmachen, ist es unumgänglich, das Gestrüpp staatlicher Bürgerkriegsplanung ein wenig zu lichten.

Nachdem in den fünziger Jahren der Aufbau bewaffneter Formationen aller Art fast ausschließlich im Hinblick auf einen Angriff gegen die DDR und dessen innenpolitische Absicherung erfolgt war, beginnt mit der Notstandsdebatte in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ein Umschwung. Von nun an gibt es nicht nur das Invasionsziel DDR, sondern auch die Vorbereitung auf kommende Klassenkämpfe in Westdeutschland. In der Sprache der Bürgerkriegsplaner heißt das: „Der operative Einsatz innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik hat als oberte Zielsetzung stets die Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung. Diese innere Verteidigung gegenüber allen Einwirkungen, die das Gefüge des Staates, die Arbeit der Wirtschaft, das Leben und die Gesundheit der Menschen und damit die Volkssubstanz bedrohen, liegt im ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Polizei — die sich zur Gewährleistung der innenpolitischen Stabilität der Unterstützung durch Bundesgrenzschutz und Streitkräfte bedient." *(S.Bleck, Wehrkunde, 1975, Seite 517)* „Die Landesverteidigung hat die Aufgabe, das Leben der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, den Schutz der Kraftquellen des Landes sicherzustellen (...) Da das System der Landesverteidigung, d.h. die militärische und die zivile Landesverteidigung, begrifflich und funktionell unteilbar ist, ergibt sich die Notwendigkeit eines einheitlichen Verteidigungskonzeptes gemeinsamer militärischer und ziviler Verteidigungsanstrengungen und, durch den Zeitfaktor bedingt, weitgehender militärischer und ziviler Verteidigungsvorbereitungen bereits im Frieden." *(H. Schneider, Probleme der Sicherheit der deutschen Wirtschaft, in: Zivilverteidigung, Nr. 401974, Seite 35)*

An der Entwicklung derartiger Vorstellungen waren die westdeutschen Unternehmerverbände von Anfang an beteiligt. Schon 1966 nahm eine Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) an der Stabsrahmenübung „Fallex 66" der Bundeswehr teil. In der Übungslage wurde davon ausgegangen, bei VW in Wolfsburg wären Streiks ausgebrochen, die sich nicht unter der Kontrolle der Gewerkschaften befänden. In den Industriezentren träten Agitatoren für den Generalstreik auf, dem folge eine Sabotagewelle durch Agenten. Schließlich sei der Streik in Wolfsburg zu einem nur noch mit Mühe niederkämpfbaren Aufstand ausgewachsen und ein Angriff der feindlichen Macht-„Organe" stehe bevor. Der BDI prüfte während des Manövers „vor allem ... Möglichkeiten der Umstellung und Fortführung der Produktion, der Verlagerung, der Instandsetzung, des Verkehrs, des Arbeitskräftepotentials sowie der Sabotage und Sicherheit in den Betrieben." Für ihn zeigte sich dabei „die Notwendigkeit einer künftigen engeren Zusammenarbeit zwischen militärischer Führung, Verwaltung und Wirtschaft, wenn diese auf uns zukommenden Aufgaben sinnvoll gelöst werden sollen."*(Mitteilungen des BDI, 14. Jhg. 1966, Nr. 11, Seite 8)*

Mit der Verabschiedung der **Notstandsgesetze** ist bekanntlich das Instrumentarium für die Sicherung bestehender Herrschaft zur Verfügung gestellt worden. Für die „weitgehenden ... Verteidigungsvorbereitungen bereits im Frieden" scheinen ihre Möglichkeiten jedoch zunächst nicht ausgereicht zu haben. Angesichts der Treibjagd auf die RAF und des bürgerlichen Propagandafeldzugs für das **„Gesetzespaket zur Inneren Sicherheit"** ist kaum jemandem aufgefallen, daß auch die Notstandsgesetze 1972 erweitert wurden. Zum einen werden seit der 31. Novellierung des Grundgesetzes zwei Ursachen des inneren Notstandes unterschieden: Katastrophen im Sinne des Artikels 35 und Unruhen und Aufstände im Sinne des Artikels 91. Zum anderen besteht durch die **„Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Organisation des Katastrophenschutzes"**, einer Präzisierung des **„Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes"** aus dem Jahr 1968, die Voraussetzung, schon heute die Maschinerie für die völlige Unterdrückung von morgen anlaufen zu lassen.

Im Rahmen des Katastrophenschutzes ist es möglich geworden, unter der Federführung der „Hauptverwaltungsbeamten", das sind die Bürgermeister kreisfreier Städte, die Landräte, Oberkreisdirektoren und Regierungspräsidenten, Führungsstäbe zu schaffen. Diese setzen sich zusammen aus Vertretern der Verwaltungsbehörden, der Polizei, der Bundespost, des Technischen Hilfswerks, der Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfallhilfe, des Malteser Hilfsdienstes und des Arbeiter Samariterbundes. Dazu kommen Vertreter der Industrie mit dem besonderen Vorschlagsrecht für schutzwürdige Unternehmen, außerdem BGS und Bundeswehr, für die der Stab nicht Stab, sondern „Meldekopf" ist. Diese Führungsstäbe haben die Aufgabe, in der jeweiligen Region Gefahrenpunkte und zu schützende Industrie- und Versorgungsanlagen festzustellen, sowie für drei Bereiche Einsatzpläne zu entwickeln:

- den Objektschutz, d.h. die Sicherung der Industrieanlagen;
- den Schutz der Infrastruktur, d.h. die Sicherung der Verkehrswege, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, der Kommunikationsmittel;
- den Bevölkerungsschutz, d.h. vor allem die „Lenkung von Bevölkerungsbewegungen" und die Versorgung.

Neben diesen Einrichtungen der **„zivilen Verteidigung"** gibt es auf entsprechenden Organisationsstufen die der **„militärischen Verteidigung"** im Innern:

- 3 Territorialkommandos (Kiel,Mönchengladbach, Heidelberg),
- 5 Wehrbereichskommandos,
- 3o Verteidigungsbezirkskommandos,
- 3 Standortkommandanturen und
- 75 Verteidigungskreiskommandos.

Auch diese Bundeswehrbehörden sind unmittelbare Partner der Industrie, außerdem findet zwischen ihnen und den „Verwaltungs**haupt**beamten" die ständige „zivil-militärische Zusammenarbeit" (Bundeswehrabkürzung: ZMZ) statt. Der Bundesminister des Innern verfügt somit über einen einsatzbereiten Unterdrückungsapparat, der unter dem Deckmantel des Katastrophenschutzes die völlige Kontrolle und Militarisierung des Lebens plant und vorbereitet. Und dieses nicht weit entfernt vom Schauplatz künftigen Geschehens, sondern „vor Ort", im Landkreis, in der Stadt, unter Berücksichtigung aller lokalen oder regionalen Besonderheiten.

Waren die Herren von den Unternehmerverbänden zwar mit der dauernden Einbeziehung in die staatliche NS-Planung zufrieden, so war doch die Verlängerung der Unterdrückungsmaßnahmen bis in den Betrieb hinein noch nicht gelöst. In den Jahren 1967-69 bauten die Unternehmerverbände die modernen Werkschutzorganisationen auf. Der Werkschutz soll einerseits in der Lage sein, sich an der praktischen Umsetzung der die Betriebe betreffenden Notstandsmaßnahmen — vor allem die Durchsetzung der Dienstverpflichtungen — zu beteiligen. Die BDI-Schrift **„Erste Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft"** sieht den Werkschutz z.B. als Verstärkung von Polizei und Armee, also in einer Funktion, die derjenigen der faschistischen **Werkspolizei** ähnlich ist. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) beschreibt die Aufgaben des Werkschutzes in seinem Jahresbericht 1968 hingegen noch unverfänglich: „Eine vorbeugende Abwehr gegen subversive Kräfte aller Art ist für die Erhaltung unserer staatlichen Ordnung lebenswichtig. Weil es nicht möglich sein wird, einen ausreichenden äußeren Objektschutz ... aufzubauen ... gewinnt der innere Objektschutz ständig an Bedeutung." Mit der Betonung des vorbeugenden Charakters der Werkschutztätigkeit befand sich der DIHT wesentlich näher an der Wirklichkeit der betrieblichen Auseinandersetzung als der BDI mit seiner puren Bürgerkriegsperspektive. Jedoch schon 1969, als die drei Spitzenverbände der westdeutschen Industrie, BDI, DIHT und Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) die **„Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen der gewerblichen Wirtschaft"** gründeten, zeigte sich, daß es allen Unternehmerverbänden darauf ankommt, mit dem Werkschutz nicht allein unter den Bedingungen des Aufstands die Produktion durchsetzen zu können, sondern ein flexibel auf alle schon heute vorhandenen Formen des Arbeitskampfes reagierendes Instrument zu schaffen.

Für den Sicherheitsbeauftragten der Mannesmann AG ist diejenige Feuerwehr die beste, deren vorbeugende Maßnahmen größere Brände gar nicht erst aufkommen lassen.

Die Vermittlung zwischen Unterdrückungsprogramm und betrieblicher Unterdrückungspraxis efolgt durch die zentralen Werkschutzverbände. So ist die „Koordinierungsstelle..." auf Unternehmen mit weniger als 2.000 Beschäftigte spezialisiert und bildet zusammen mit Polizei- und **DGB-Funktionären** deren Werkschutzkader aus. Sie vermittelt Kontakte zwischen Verbänden, Industrie- und Handelskammern und Staatsschutzbehörden. Für ihre Mitglieder, sowie Verbände und Behörden unterhält sie einen Informationsdienst, die **„KS-Mitteilungen"**, der detailliert über politische Organisationen der Linken und Aktionen in Betrieben informiert. Der „Koordinierungsstelle ..." angeschlossen sind regionale Sicherheitsverbände. Unabhängig von ihr gibt es vier **„Verbände für Sicherheit in der Wirtschaft"** in Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie Baden-Württemberg und Bayern. Diese Verbände werden zum Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert, so zahlt Bayern jährlich eine Million Mark. Die Verbände beraten Unternehmen in Fragen der Werkschutzorganisation, der „Bekämpfung innerbetrieblicher Kriminalität, Sabotageabwehr oder Abwehr von Betriebsmittelbeschädigung, Abwehr von Spionage und Ausspähung, Sicherstellung ungestörter Arbeitsabläufe und vorbeugenden Katastrophenschutz, Behördenkontakte zu Ländern, Regierungspräsidenten, Kreisen und Stäben der militärischen Verteidigung, Werkschutzausbildung." *(H. Schneider, a.a.O.)*

Der vorbeugende Charakter der Werkschutztätigkeit wird auch in den Ratschlägen der Verbände für die Ausbildung hervorgehoben, um bei dem Bild der Feuerwehr zu bleiben: Hauptaufgabe des Werkschutzes ist gegenwärtig die Einkreisung möglicher Brandherde. In einem Lehr-Text von Max Wick, Bayer AG Leverkusen, wird hierauf eingegangen: „... die Bekämpfung oder Verhinderung von Unrechtstatbeständen im weitesten Sinn kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir wissen, wer Unrecht tat oder tut und wann, wo und wie es getan wurde oder wird...". Was sind solche „Unrechtstatbestände?" Da wird zunächst natürlich „Kriminalität" genannt, dann aber auch Rauchen, wo nicht geraucht werden darf, Pausen, die verlängert oder im unbemerkten Augenblick eingeschoben werden, das kurzfristige Einspringen für einen Kollegen, Krankmeldungen, die vielleicht nicht unabdingbar wären, die schlechte Behandlung von Gerät, der Aufenthalt und das Gespräch an anderen Arbeitsplätzen. *(nach: W. Baak (Hrsg.), Werkschutz-Handbuch für Ausbildung und Praxis, Köln 1975).*

Verdächtig ist hier also nicht erst politische Agitation, sondern schlicht jede Verhaltensweise, die selbst punktuell die Anerkennung einer vorgegebenen Betriebsordnung infragestellt. In diesem Sinn nahm der VW-Anwalt Henschel kein Blatt vor den Mund, als er bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung über die Entlassung einer Emdener Bandarbeiterin sagte: „Wenn von einem Punkt im Betrieb ein wilder Streik losgeht, dann breitet sich das aus, auch ohne daß es vorher organisiert wird und ohne Generalstabsplan. Eine Unmutsäusserung genügt schon, um die Sache ins Rollen zu bringen. Darum ist die VW-Werksleitung gezwungen, den Anfängen zu wehren." *(Zitiert nach Karl-Heinz Roth, Die „andere" Arbeiterbewegung, Seite 257)*

In die gleiche Richtung deutet auch ein vom „Verband für Sicherheit in der Wirtschaft" formulierter Katalog mit Verdachtsmomenten: Da ist zum Beispiel verdächtig:

- wer zurechtgewiesen wurde, denn Zurechtweisung bewirkt Ärger und Verdruß;
- wem ein Gesuch abgelehnt wurde, denn das ruft Enttäuschungen hervor;
- wer von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen wurde, denn da herrscht Unsicherheit;
- jeder, der unter schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten muß, denn Unzufriedenheit stellt sich ein
- wer vorbestraft ist, denn Vorstrafen lassen auf einen schlechten Charakter schließen;
- wer aus der DDR kommt, denn da sind Kontakte zu Nachrichtendiensten naheliegend.
- undnicht nur, wer aus der DDR kommt, sondern jeder **Ausländer** ist verdächtig, — aber bei Ausländern ist bereits vorgesorgt. Da gibt es die **„Zentralkartei für nicht-deutsche Arbeitnehmer"** in München. In dieser mit NADIS* verbundenen Kartei sind bereits die Daten von mehr als fünfzigtausend ausländischen Arbeitern gespeichert. Auf die besondere Gefährdung durch Ausländer weist neben dem „Verband" auch ein weiterer Werkschutzausbilder hin. Ein Herr Franzmann, Dozent an der Höheren Landespolizeischule Münster empfiehlt deshalb, die Bespitzelung über den Betrieb auszudehnen und auch den Freizeitbereich ausländischer Arbeiter zu überwachen. *(nach: W. Baak, a.a.O.)*

*NADIS ist die Datenerfassung vom Verfassungsschutz

Wie die Sammlung solcher Daten praktisch aussieht, demonstrierte 1970 in Köln Herr Boljahn. Herr Boljahn leitet den **Werkschutz bei Felten & G uilleaume**, einem Kabelwerk. Er befolgte den Rat, zu kontrollieren, zu beobachten, zu notieren. Das Ergebnis war eine Geheimkartei mit politischen Angaben über Arbeiter, mit Angaben über deren Ehen, über Bekanntschaften, Vorstrafen und Kontakte mit Gerichten und Polizei. Schließlich enthielt die Kartei Angagen über mehr als 1.300 Personen. Einen Gutteil seiner Informationen bezog Boljahn von Spitzeln, die unter falschem Namen im Betrieb arbeiteten und er pflegte den kollegialen Gedankenaustausch mit anderen Sicherheitsspezialisten. Die saßen allerdings nicht im Werkschutz bei Felten und Guilleaume, aber bei der politischen Polizei Kölns, wo auch Boljahn gearbeitet hatte, bevor er Werkschutzleiter wurde.

Für Großunternehmen schlagen die Werkschutzverbände eine Reihe ähnlicher Gliederungen vor. Nach diesen Richtlinien und Modellen verfügt der Werkschutz über einen **Ordnungsdienst**, der für jedermann deutlich sichtbar ist. Er überwacht die Tore, leitet den Verkehr, kontrolliert Ausweise, bewacht den Parkplatz. Er verfügt aber auch über andere Dienste und ob die immer so klar zu sehen sind, ist zweifelhaft. Er verfügt über einen **Kontrolldienst**, der Streife geht, die störanfälligen Punkte im Auge behält und bei Alarm und Notstandsfällen bereit steht. Er verfügt über einen **Ermittlungsdienst**, der bespitzelt, aufklärt, dokumentiert, Hausbegehungen erpreßt. Er verfügt über einen **Abwehrdienst**, der die Betriebsgeheimnisse hütet und natürlich über einen **Führungsstab**, solchermaßen paramilitärisch gegliedert, braucht der Werkschutz eine entsprechende Ausrüstung. Dazu gehören, sagen die, die es wissen müssen, Kraftfahrzeuge, Sprechfunkgeräte, Kameras, Nachtsichteräte, Megaphone, Hunde, Reizstoffsprühgeräte, Hieb- und Schußwaffen und schließlich auch kriminaltechnisches Laborgerät.

Und wer mit all dem umgeht, der ist eine Fachkraft, leistet Qualitätsarbeit. Hier aber hat der Werkschutz eine Schwierigkeit. Noch immer gibt es Unternehmen, die meinen, der Werkschutz sei ein Betätigungsfeld für Invaliden, für Rentner und Frührentner, kurz: eine Nachtwächtertätigkeit für schlechtbezahlte, verschlissene Arbeitskräfte. Um dieses Image zu ändern und um die Einsatzfähigkeit zu erhöhen, haben sich die Industrie- und Handelskammer (IHK) Münster und Ludwigshafen 1974 entschlossen, Prüfungen für Werkschutzleute einzuführen. Und sie weisen auch darauf hin, daß gute Vergütung für Werkschützer nottue, denn wer all das beobachten und notieren und dokumentieren soll, der muß schon einiges an Geld bekommen, damit er dann nicht eines Tages doch noch den Spaß verliert. Bislang sind es viele, die Spaß daran haben. So gab es 1964 sechzigtausend (60.000) Werkschutzleute, 1972 siebzigtausend (70.000) und heute, nur vier Jahre später, zählen die Privatarmeen schon **einhundertzwanzigtausend (120.000) Mann.**

Und noch eines: Um den Werkschutz sind nicht nur die Unternehmerverbände, Handelskammern und staatliche Notstandsplaner bemüht, sondern auch die Gewerkschaften. 1970 waren 80 % aller Werkschutzleute Gewerkschaftsmitglieder, im selben Jahr gründete der DGB einen **Arbeitskreis für Werkschutzfragen.** Forderungen dieses Arbeitskreises:

- Eine einheitliche Ausbildung für alle Werkschutzleute mit Abschlußprüfung
- Abbau der Fehlannahme, Werkschutz sei ein Rentnerberuf
- Werkschutzmann müsse als Erstausbildung und eigenständige Berufstätigkeit anerkannt werden
- der DGB müsse alles tun, um das Vorurteil abzubauen, beim Werkschutz handele es sich um eine Privatpolizei der Arbeitgeber.

ZEHN MONATE NACH DEM DRUCKERSTREIK : STREIKPOSTEN SOLLEN 1.000 MARK STRAFE ZAHLEN

AALEN (WÜRTTEMBERG) 10. Februar *Am 6./7. Mai 1976 versuchten Kollegen der IG Druck und Papier die Auslieferung von „Notzeitungen", die der Schwabenverlag in Ellwangen (Jagst) von Streikbrechern herstellen ließ, zu verhindern. Wir berichteten darüber ausführlich im ID 133; die Arbeitsgerichte entschieden außerdem gegen den Verlag, als er zwei Betriebsräte als „Rädelsführer" entlassen wollte (ID 135). Jetzt hat der Aalener Ortsverein der IG Druck und Papier erklärt:*

Am 2. Februar 1977 haben 14 Beschäftigte des Schwabenverlags Ellwangen, des Schwabenverlags Aalen und des Süddeutschen Zeitungsdienstes Aalen vom Amtsgericht in Ellwangen Strafbefehle in Höhe von jeweils 1.000 DM zugestellt bekommen. Der Schwabenverlag hatte am 10. Mai 76 Anzeige erstattet, jetzt soll offensichtlich an den Betroffenen ein Exempel statuiert werden. In einem Flugblatt mit der Überschrift: **UNSER RECHT AUF STREIK .. UND WAS DARAUS GEMACHT WIRD** heißt es:

> **DAS VORGEHEN VON POLIZEI UND STAAT GEGEN UNS**
> im Druckerstreik läßt darauf schließen, daß der Streik nach Ansicht der Polizei eine potentiell kriminelle Tat ist. Polizeieinsätze mit Schlagstökken und Tränengas gegen Streikende in Berlin und Darmstadt. In Nürtingen werden vier Streikposten festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, weil sie versucht hatten, mit einem Sitzstreik die Auslieferung einer Notzeitung zu verhindern. 18 von ihnen wurden angeklagt, das Verfahren ist inzwischen eingestellt. Bei einer Verurteilung wegen Nötigung erfolgt Eintrag ins Strafregister. Daß in Ellwangen nicht das gleiche wie in Reutlingen passierte, lag an dem überraschenden Handeln der Streikenden, die Polizei war darauf nicht vorbereitet; es ist dann aber bei dieser Aktion geblieben: am anderen Tag wurde uns zugetragen, daß die Polizei in Ellwangen Verstärkung zusammengezogen habe, um die Auslieferung weiterer Notzeitungen sicherzustellen.

AUF WELCHER SEITE STEHT DAS GESETZ ?

In zweiter Instanz entschied das Landesarbeitsgericht Stuttgart, daß die zwei Betriebsräte weiterbeschäftigt werden müssen. Die Zeugen der Geschäftsleitung, insbesondere der Hauptzeuge , verwickelten sich so in Widersprüche, und waren so unglaubhaft, daß der Vorwurf der Rädelsführerschaft nicht mehr zu halten war.

Die 14 Kollegen müssen 1000 DM Geldstrafe zahlen und ausserdem mit Schadensersatzforderungen von je 7000 DM rechnen, wenn sie wegen Nötigung verurteilt werden. Nötigung — wer hat denn hier wen genötigt? Wurden nicht wir Arbeiter der Druckindustrie zu diesem Streik genötigt, um eine weitere Verschlechterung unseres Lebensstandards zu verhindern? Wir kämpften gegen die Kürzung unseres Reallohnes vor dem Hintergrund steigender Unternehmergewinne und dem Verlust von 30.000 Arbeitsplätzen durch Rationalisierung seit 1972.

Hätten wir mit den Händen in denTaschen zusehen sollen, wie unser Streik unterlaufen wird? Aber so fragt das Gesetz natürlich nicht. Dort steht der Schutz des Privateigentums der Unternehmer — das ja wir erarbeitet haben — im Vordergrund. So wird für Unternehmer, die ihre Waren verkaufen wollen (z.B. Zeitungen) die Straße zur Not auch freigeprügelt — wie in Berlin, Darmstadt, Reutlingen usw.. Hat man

aber schon einmal gehört, daß die Polizei Arbeitern behilflich gewesen wäre, in einen aussperrenden Betreib zu gelangen, damit die Arbeiter ihre Ware, nämlich ihre Arbeitskraft verkaufen können?

Auf deutsch: Unternehmer werden geschützt, Arbeiter werden gerichtlich verfolgt!

Kollegen, Euch kann beim nächsten Streik genau das gleiche passieren. Heute wir – morgen ihr!

Unterstützt deshalb unsere Forderungen:

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die angezeigten Kollegen
Für ein uneingeschränktes Recht auf Streik
Unterstützt uns durch Eure Unterschrift!

Solidaritätsadressen und -erklärungen erreichten uns von der GEW Fachgruppe Gymnasien Ostalb am 12.1.77, vom Kreisparteitag der SPD in Schwäbisch Gmünd am 15.1.77, vom DGB-Wochenendseminar „Themenkreis Betrieb" in Stuttgart-Feuerbach am 22./23.1.77 vom „Komitee der 41 festgenommenen Streikposten" in Reutlingen am 4.2.77 und von mehr al shundert Einzelpersonen.

Die Kollegen bitten darum, Blätter für die Unterschriftensammlung selbst zu verfielfältigen. Ihr Textvorschlag:

Wir verlangen die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die 14 Streikposten vor dem Schwabenverlag Ellwangen.

Für ein uneingeschränktes Recht auf Streik.

Name Adresse

Diese Unterschriftensammlung wird nicht veröffentlicht. Die Anzahl der Namen lassen wir notariell beglaubigen.

IG Druck und Papier
Ortsverein Aalen
Bahnhofstr. 70
7080 Aalen

PROZESSBERICHT KARL-HEINZ ROTH UND ROLAND OTTO – 10.VERHANDLUNGSTAG

KÖLN 17.Februar

Vor Beginn wurde dem Gericht Roland Ottos Erklärung zur Person vorgelegt. Zu Beginn der Hauptverhandlung ergriff die Verteidigung nochmals das Problem der Öffentlichkeit und das der Anwaltsdurchsuchung auf. Sie beantragte:

1. Das Anfertigen von Fotokopien der Ausweise der Besucher einzustellen, hilfsweise die Fotokopien sofort nach Anfertigen dem Vorsitzenden auszuhändigen und am Ende des jeweiligen Verhandlungstages zu vernichten.

2. Zu gewährleisten, daß die Kopien nicht an das BKA, LKA, die örtliche politische Polizei oder sonstige die Verfassung schützenden Behörden oder Dienststellen weiterzuleiten. Genauso sei zu verfahren mit Vervielfältigungen der Kopien und mit den Daten, die darin enthalten sind.

3. Bei der körperlichen Durchsuchung der Rechtsanwälte anzuordnen, daß die Beamten die Sonde benutzen sollen und die Betätschelung zu unterlassen haben.

Zur Begründung wies Verteidiger Dethloff darauf hin,daß der Verteidigung zuverlässige Informationen vorliegen, daß der Vorsitzende vom BKA und vom Verfassungsschutz-Abteilung 7 beim Bundesinnenministerium aufgefordert worden ist, auf dem Wege der Amtshilfe Kopien der Besucherausweise anfertigen zu lassen. Draber hatte bisher diese Maßnahme immer als eine Sitzungspolizeiliche begründet, um Störer feststellen zu können. Er hatte außerdem am 6.Verhandlungstag zunächst angeordnet, daß die Kopien am Ende der Sitzung vernichtet werden sollen. Der Antrag wurde außerdem begründet mit der Feststellung, daß durch die Bedrohung mit dieser Maßnahme die Öffentlichkeit beträchtlich eingeschränkt und abgeschreckt werde. Der Antrag wurde zurückgewiesen und Draber verwies wiederum auf seine Begründung, daß alle Maßnahmen sitzungspolizeilichen Charakter hätten. Im übrigen geschieht nach Draber die Durchsuchung der Anwälte nur zu ihrem eigenen Schutz.

Karl-Heinz Roth wiederholte nun seinen Antrag,Zwangsverteidiger Zilenka zu entpflichten und RA Golzem und RA Dethloff zu Pflichtverteidigern zu bestellen. Draber stellte diesen Antrag wiederum zurück. Danach kam er zur Zeugenvernehmung. Polizeiobermeister Hoffmann, Hundeführer beim Einsatz am 9.5. wurde als erster Zeuge vernommen.

Bei wesentlichen Teilen einzelner Aussagen bei POM Hoffmann beantragte die Verteidigung wiederholt deren wörtliche Protokollierung. Auch dieses letzte Mittel der Verteidigung,den Inhalt der Hauptverhandlung unzweifelbar zu fixieren, wurde ihr durch den Vorsitzenden des Gerichts per Beschluß genommen. So gibt es kein Mittel mehr, zu verhindern, daß das Gericht anstelle des tatsächlichen Inhalts der Zeugenaussagen seine eigene ‚Wahrheit' setzt. Schon vor der Mittagspause hatte die Verteidigung angekündigt, sie würde sich nur mit der Sonde,die Metallgeräte aufspüren soll, untersuchen lassen. Nach der Mittagspause begann die Verhandlung ohne die Vertrauensanwälte von Roth und ohne Verteidiger Heiermann. Nur Verteidiger Liebe war im Gerichtssaal. Das Gericht wollte trotzdem die Verhandlung fortsetzen, auch nachdem Karl-Heinz erklärt hatte, er sei nicht ausreichend verteidigt. Daraufhin beantragte Verteidiger Liebe, RA Hannover als Zeugen zu befragen, warum die Verteidigung Roths nicht anwesend sei. RA Hannover bestand auf der Forderung, ohne Durchsuchung hereingelassen zu werden – er sei z.B. bei der Durchsuchung mit der Sonde in die Genitalien geschlagen worden. Die übrigen Verteidiger hätten sich daraufhin geweigert, die gleich unwürdige Durchsuchung über sich ergehen zu lassen. Bei der Erörterung, wie denn nun angesichts der Übergriffe der Beamten eine Durchsuchung der Verteidigung möglich sei, entstanden Tumulte im Gerichtssaal. Die unerhörten Vorfälle und die lakonische Art des Gerichtes, sich mit den Fragen zu befassen, führte bei Karl-Heinz zur Darmkolik. Draber brach die Verhandlung ab und legte den Beginn der nächsten Hauptverhandlung auf Freitag neun Uhr fest und hob gleichzeitig den Termin am Freitag, 22.2.77 wegen Karneval auf."

Die Prozeßberichte vom 7. und 9. Verhandlungstag liegen in Form von persönlichen Erklärungen von Karl-Heinz Roth und Roland Otto im Unterstützungsbüro vor und können dort bestellt werden.

Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl-Heinz Roth
Glasstraße 80, 5000 Köln 30,Tel. 0221 / 52 05 79

1.VERHANDLUNGSTAG GEGEN WERNFRIED REIMERS & ROBERT JAROWOY AM 14.2.77

FRANKFURT 17.Februar

(Zu dem nachfolgenden Prozeßbericht siehe auch ID Nr. 163 + 164.)

Um 10.00 Uhr sollte die Verhandlung beginnen, um 9.55 Uhr wurde die ‚Öffentlichkeit' eingelassen: einzeln (je eine Frau und ein Mann). Penible Durchsuchung in Kabinen: Mäntel und Jacken ausziehen, Schuhe ebenso; Taschen

ausleeren, Abtasten — dann: Abgeben von Verdächtigem wie Tabletten, Stielkämme, Strickzeug etc.

Im Gerichtssaal weiß man gleich zwischen den Zivilen (Frauen und Männer) und dem Rest der Öffentlichkeit zu unterscheiden. Zwecks besserem Überblick nahmen die ‚dienstlich' anwesenden Damen und Herren hinter der übrigen Zuhörerschaft Platz. Diejenigen, die sowieso bevorzug aus dem Hinterhalt agieren, saßen uns also auch hier wieder ‚im Rücken'.

Rechtsanwalt Kern beantragt sofort — nach Eröffnung der Verhandlung — die Verhandlung zu unterbrechen, da Robert J. Magenkrämpfe hat und verhandlungsunfähig sei. Robert erzählt dazu, daß er letzte Woche vom Anstaltsarzt Dr.Gerstenberg wegen seiner ständigen Magenschmerzen untersucht und geröntgt worden sei. Der Röntgenbefund sei ihm aber noch nicht bekannt

Die Verhandlung wird bis 13.00 Uhr unterbrochen. In der Zwischenzeit soll der Anstaltsarzt geholt werden und Dr.Mondorf (ein Internist, der auch einer der Gutachter für die Bestätigung der Verhandlungsfähigkeit der Genossen vor Beginn des Prozesses war), die sich für den laufenden Verhandlungstag zur Verhandlungsfähigkeit der beiden Genossen äußern sollen.

Die Mittagspause ‚durften' Robert und Wernfried in den Zellen des Gerichtsgefängnisses in der Hammelsgasse verbringen, die mit Liegen ausgestattet sind. Normalerweise werden die Gefangenen während den Verhandlungspausen in 1,40 x 2,00 m großen Käfigen im Gerichtsgebäude untergebracht.

Nach der Mittagspause ist — auf Anordnung des vorsitzenden Richter Schäfer — bereits um 12.30 Uhr Einlaß. Aber die Durchsuchungsprozedur ist ebenso langwierig wie morgens, so daß um 14.30 Uhr immer noch Prozeßbesucher vor dem Gericht warten, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß nun etwa 40 Leute anwesend sind. Da der Prozeß wie vorgesehen um 13.00 Uhr fortgesetzt worden ist, wirft die Verteidigung ein, daß die ‚Öffentlichkeit' noch nicht hergestellt sei. Der Richter stellt dazu nur lapidar fest, daß sich dies nicht ändern ließe.

Der Internist Prof.Mondorf berichtet in der ihm eigentümlichen Gutachter(fremd)sprache über den Gesundheitszustand von Robert. (seine Patienten bezeichnet er z.B. als „Krankengut"). Robert habe lediglich, so stellt er fest, eine leichte Entzündung im Magenausgangsbereich, die die Verhandlungsfähigkeit für diesen Tag nicht in Frage stelle. Die Entzündung gedenkt er mit Schonkost, Leibwickel und Wärmflasche zu kurieren. Auf Befragen der Verteidigung erklärt er, die Ursache der Entzündung läge im psychosomatischen Bereich. (!)
Auf das Bemerken der Verteidigung, daß Schonkost im Knast sicherlich nicht verabreicht werde, reagieren sowohl das Gericht als auch der Gutachter mit Erstaunen (naiv oder abgebrüht?). Nachdem Robert noch einige Sätze zu seinem Gesundheitszustand gesagt hat, will der Richter Schäfer die Verhandlung beenden. Bis zum nächsten Verhandlungstag soll Prof.Mondorf prüfen, inwieweit die von ihm vorgeschlagenen ‚Therapie-Maßnahmen' realisiert werden können.

RA Roeder will jedoch noch die klar verschärften Sicherheitsvorkehrungen überprüft wissen. Es sei unzumutbar — so stellte er richtig fest — daß Robert und Wernfried von 20 mit MP's im Anschlag bewaffneten Polizeibeamten von der Hammelsgasse über die Straße ins Gericht gebracht würden. Vor den Zellen im Gericht stünde darüber hinaus die gleiche Anzahl von Beamten in derselben Montur.

Uns erscheint es so, als ob sich die Anzahl der Bullen proportional zu dem sich permanent verschlechternden Gesundheitszustand der Genossen erhöht. Angesichts dieser Streitmacht stellt sich die Frage, wer hier eigentlich das Sicherheitsrisiko darstellt.

Der Prozeß wird am 22.Februar 1977, 10.00 Uhr im Landgericht Gebäude A, Saal 146 fortgesetzt!

UNTERSUCHUNGSHAFT ODER VORWEGGENOMMENE BESTRAFUNG ?

KÖLN 10. Februar — Unter strenger Isolationshaft und im Moment ziemlich hilflos gegenüber dem kleinen, aber sorgfältig ausgetüftelten alltäglichen Terror, sitzen Gerhard Albartus und Enno Borstelmann jetzt seit sechs Wochen im Knast in Ossendorf. Den beiden, sie wurden in der Nacht zum 5. Januar überfallartig von MEKs in oder vor ihren Wohnung festgenommen, wird vom LKA und der Düsseldorfer Generalsta atsanwaltschaft — unter Federführung des einschlägig bekannten SA's Morre — vorgeworfen, an dem versuchten Brandanschlag auf ein Aachener Kino wegen des Films „Unternehmen Entebbe" beteiligt gewesen zu sein. Außerdem laufen gegen die beiden Ermittlungen wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung — § 129 (siehe ID 160, 161).

Zur Strategie der ‚anderen Seite' schreibt das „Solidaritätskommitee Gerhard Albartus Westberlin":

„In beachtenswerter Eintracht ist es dem BKA/LKA und der gleichgeschalteten bürgerlichen Presse seit dem gelungen, alle weiteren Informationen in diesem Fall geheimzuhalten und die Genossen sang- und klanglos von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Zu der Isolation im Knast wird hier der Versuch unternommen, bereits die Tatsache der Verhaftung zu unterdrücken, um mögliche Solidarisierung und Kontaktaufnahme von außen nach innen zu verhindern. Damit wird die Isolation perfekt gemacht. Selbst den Verteidigern wird die Einsicht in die bisher vorhandenen Akten verweigert, somit die Überprüfung der „Rechtmäßigkeit" des ergangenen Haftbefehls unmöglich gemacht."

Um diese Strategie zu zerstören, nennt das Komitee folgende Aktionen:

„1. auch diesen Fall staatlichen Terrorismus' so öffentlich wie möglich zu machen, der Geheimhaltungstaktik des BKA/LKA und der bürgerlichen Presse unsere Öffentlichkeit entgegen zusetzen und Diskussionen darüber, welche Konsequenzen wir aus diesen Erfahrungen zu ziehen haben, in Gang zu setzen ...

2. Mittels dieser Öffentlichkeit Druck auszuüben auf die zuständigen Stellen (Ermittlungsrichter, LKA, Haftanstalt) die unmittelbarsten konkreten Forderungen zu erfüllen: *Freigabe der Akten an die Anwälte* und *Aufhebung der Isolationsfolter, d.h. keine Sonderbehandlung einzelner Gefangener.*

Dies kann allerdings nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn diese Maßnahmen, so begrenzt sie auch sind, tatsächlich massenhaft praktiziert werden und in unserem Bewußtsein die gefangenen Genossen nicht mit einem Achselzucken eingereiht werden in die Liste derjenigen, die wir draußen brauchen."

Die Anwälte der beiden legten inzwischen gegen die Isolationshaft beim Ermittlungsrichter Joeres Haftbeschwerde ein und forderten darin die Gleichstellung mit „normalen" U-Häftlingen. Aus der Haftbeschwerde von Gerhards Anwalt:

„Ich hatte mit Schreiben vom 12.1.1977 beantragt, daß mir die Zusatzverfügungen zum Haftbefehl vom 6.1.1977 zugesendet werden sollten. Ich erhielt daraufhin wenige Tage später fünf schreibmaschinenbeschriebene Seiten, die weder einen Briefkopf aufwiesen, noch ein amtliches Siegel. Auf diesen Seiten befinden sich 23 Einzelpunkte, in denen Sondermaßnahmen für meinen Mandanten aufgeführt sind. Ich lege gegen diesen Beschluß, dessen Aktenzeichen ich nicht genauer bestimmen kann, da er keines trägt, Beschwerde ein."

Zur Begründung schreibt der Anwalt unter anderem:

„Der Untersuchungsgefangene ist seit seiner Inhaftierung von Anfang an einem System besonderer Haftbedingungen unterworfen, das insgesamt für ihn die Konsequenz hat, ihn von seiner Umwelt in der Justizvollzugsanstalt total zu isolieren und jede Möglichkeit des menschlichen Kontaktes zu unterbinden. (...) Auch der Besuch des Verteidigers findet nicht in den dafür vorgesehenen Sprechzellen statt, sondern in der neben der Zelle des Gefangenen liegenden Zelle. Diese Art des Gefangenenbesuchs wird dadurch möglich, daß die Zellen links und rechts neben der meines Mandanten nicht belegt sind, mit der Ausnahme, daß eine Zelle — die sogenannte Beobachtungszelle meist an Wochenenden durch solche Gefangenen belegt wird, die sich mit Selbstmordabsichten tragen, oder aufgrund der nervlichen Belastung, die der Untersuchungshaftvollzug für sie mit sich bringt, in Schreikrämpfe verfallen oder anderweitig psychophysische Reaktionen zeigen.

(...) Mir ist in meiner Praxis kein Fall bekannt, indem beispielsweise gegen einen Mörder oder einen Bankräuber derartige Sondermaßnahmen ergriffen werden. Allein die Vermutung, daß es sich bei dem Täter um einen Anarchisten handeln könnte, scheint die Begründung für diese Sondermaßnahmen darzustellen. Die ganze Paradoxie dieser Verfahrensweise wird deutlich, wenn man bedenkt, wie sehr sich die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer im Prozeß gegen Baader u.a. in Stammheim bemüht hat, die dort angeklagten Personen als rein kriminelle Täter darzustellen, während andererseits das politische Moment, daß es sich bei den Gefangenen um Anarchisten handele, stets als Begründung für die angeführten Sondermaß nahmen herangezogen wird.

(...) Durch die angeordneten Maßnahmen wird der Sinn und Zweck einer Untersuchungshaft geradezu in sein Gegenteil verkehrt. Während die Untersuchungshaft-Vollzugsordnung vorschreibt, es müsse auch der Anschein vermieden werden, als ob der Betroffene zur Strafe festgehalten werde; der Gefangene sei würdig, gerecht und menschlich zu behandeln, wird ihm hier eine Tortur auferlegt, die praktisch wie eine vorweggenommene Bestrafung wirkt."

Wie die beiden Genossen die Isolation im Knast erfahren, beschreibt Enno in einem Brief:

„Was nur so entsetzlich wütend macht, ist die totale Ohnmacht, die ich als Knackie gegenüber sämtlichen Bürokratien habe. Das ist so demütigend, wenn ich „normal" draußen raumlaufe, bin ich zwar auch den Institutionen ausgeliefert, Nur: Da habe ich noch eine Reihe von Möglichkeiten, meine Interessen mehr oder weniger nachhaltig vorzutragen oder sogar geltend zu machen, durchzusetzen. Hier sind mir sämtliche Möglichkeiten aus der Hand geschlagen: Im Knast s agt mir niemand, wer zuständig ist, welche bürokratischen Ebenen es gibt, usw. Da kriege ich immer nur Vordrucke, steht drauf „Antrag". Aber wohin das geht, keine Ahnung. Das ist effektiv nicht rauszuquetschen au s den Schließern. Und was das Gericht angeht: da kann man zwar hinschreiben, aber die melden sich einfach nicht, da kommt nichts, fertig aus. Aber ein Gutes hat die ganze Scheiße: sie trägt enorm zur Erhaltung politischer Identität bei: hier sind — auch an diesen Punkten — die Fronten eindeutig. Das ist kein sozialdemokratisches Projekt mehr. Es lebe der Widerstand".

Bei einem Besuch in der vergangenen Woche, bis jetzt dürfen nur „Angehörige" rein (auch Verlobte sind Angehörige!), hatte er außer drei Büchern aus der Knastbibliothek noch keine Bücher (obwohl seit über zwei Wochen ein Buchpaket unterwegs ist), außerdem die Frankfurter Rundschau und zwei Nummern des ID. Als der Mitschreiber vom LKA (die sind bei jedem Besuch dabei) dies hörte, flippte er fast aus. Seiner Information nach dürfe der ID überhaupt nicht mehr an Gefangene weitergegeben werden. Als Begründung dafür nannte er: „Weil dieses Blatt Ihre Wiedereingliederung behindert, bzw. Ihrer Wiedereingliederung entgegensteht". Briefe bekommen die beiden bislang in den Knast, allerdings mit der „üblichen Verzögerung" von zehn bis vierzehn Tagen und dann auch immer fünf oder sechs Briefe auf einmal. Also. Briefeschreiben hat Sinn!

Das Studentenparlament der Kunstakademie Düsseldorf hat auf seiner letzten Sitzung einstimmig folgende Protestresolution verabschiedet und an den Richter Joeres und Gerhard und Enno geschickt:

„Wir protestieren gegen die unmenschliche Behandlung, die den Untersuchungshäftlingen Gerhard Albartus und Enno Borstelmann auf Grund Ihrer Anordnungen widerfährt. Nach unserer Auffassung kommen die Haftbedingungen einer psychischen Folter gleich und sind in ihrem Ausmaß nicht mit „Sicherheitserfordernissen" zu begründen.

Wir sind betroffen, daß Sie Maßnahmen anordnen, die darauf abzielen, die Persönlichkeit eines Menschen zu zerstören, nur weil Sie ihn für politisch motiviert halten. Eine Justiz, die einerseits großzügig Haftverschonungen für Nazi-Täter gewährt und andererseits versucht, Linke möglichst noch vor der Verurteilung durch die Haftbedingungen kaputtzumachen, begibt sich in die Nähe des Faschismus. Wir fordern die sofortige Aufhebung der Isolation und Sonderbehandlung für Gerhard Albartus und Enno Borstelmann."

In einem Brief an den ID schreiben die Kunststudenten:

"Außerdem kann es überhaupt nichts schaden, wenn sie in Eurer Zeitung erscheint, vielleicht kommt dann noch ein anderer Leser auf die Idee, sein jeweiliges Hochschulgremium (oder was auch immer) zu einer ähnlichen Stellungsnahme zu bewegen."

Die richtige Adresse von Gerhard und Enno ist (war im letzten ID falsch):

Gerhard Albartus
Enno Borstelmann
c/o Ermittlungsrichter beim OLG Düsseldorf
z.Hdn. Herrn Joeres
Cäcilienallee 3
4000 Düsseldorf 30

STAATSSCHUTZ BEI ANWÄLTEN DES '2.JUNI' — VERTEIDIGERAUSSCHLUß —

WESTBERLIN
15.Februar

Die Berliner Anwälte Rainer Elfferding und Eberhard Lieder sind in die Schußlinie des Staatsschutzes geraten, weil sie die Verteidigung in '2.Juni'-Prozessen übernommen haben. Über eine Durchsuchungsaktion berichtet RA Lieder als Verteidiger Elfferdings:

„Am Vormittag des 9.Februar 1977 erschienen in der Rechtsanwaltskanzlei Elfferding/Lieder in Berlin-Kreuzberg die Beamten der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, Staatsanwälte Müllenbrock und Przytarski sowie etwas später Staatsanwalt Filipiak in Begleitung von etwa acht uniformierten Polizeibeamten und sechs zivilen Staatsschutzbeamten. Aufgrund eines Durchsuchungsbefehls des Amtsgerichts Tiergarten vom 3.2.1977 gegen Rechtsanwalt Elfferding wurden der Arbeitsraum dieses Rechtsanwalts und der Büroraum der Anwaltskanzlei durchsucht. Anwesend war zunächst die Büroangestellte, Frau Lieder, später Rechtsanwalt Elfferding, der an einem Anhörungstermin vor der Strafvollstreckungskammer in der Strafanstalt Tegel teilgenommen hatte selbst.

Anlaß der Durchsuchung war ein Ermittlungsverfahren gegen Rechtsanwalt Elfferding wegen Verdachts der Anstiftung zur Falschaussage aufgrund einer Anzeige des „Kronangeklagten" im sogenannten ‚Schmücker-Prozeß' von 1976, Jürgen Bodeux. Rechtsanwalt Elfferding soll versucht haben, einen ehemaligen Mithäftling des Bodeux dazu zu bestimmen, über dessen Kontakte zum Berliner Verfassungsschutz auszusagen. Gesucht wurden nun die Durchschläge der entsprechenden Briefe des RA Elfferding an jenen Zeugen. RA Elfferding händigte den Staatsanwälten dieses Material, aus dem sich die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe bereits ergibt, aus, um so ein weiteres Durchwühlen seiner übrigen Akten zu verhindern. Er stand vor der aufgezwungenen Alternative, entweder in einem Falle seine Schweigepflicht gegenüber seinem Mandanten in dem ‚Schmücker'-Prozeß zu durchbrechen — was er bis dahin abgelehnt hatte — oder zuzusehen, wie die durchsuchenden Beamten in zahlreichen anderen Fällen ganz ungeniert in das Anwaltsgeheimnis und das Vertrauensverhältnis zu den Mandanten eingriffen.

Es zeigte sich denn auch, daß die Beamten nur am Rande an diesem Material interessiert waren. Vorzugsweise beschäftigten sie sich damit, Verteidigungsmaterial aus dem ‚Schmücker'-Verfahren und insbesondere aus dem Verfahren gegen die ‚Bewegung 2.Juni' zu sichten und teilweise mitzunehmen, wogegen RA Elfferding schriftlich Widerspruch erhob. Die Sichtung und die teilweise Mitnahme dieses Verteidigungsmaterials war durch den Durchsuchungsbefehl nicht gedeckt, also illegal — hierzu Staatsanwalt Müllenbrock: „Wir wollen hier nicht mit Ihnen diskutieren!" —, kann jedoch andererseits angesichts der üblichen Praktiken dieser Behörden in den letzten Jahren kaum überraschen. Auch im jetzigen Fall werden die so gewonnenen Erkenntnisse den Ermittlungsbehörden allerdings nicht helfen, die Lücken in ihren Ermittlungen in beiden Verfahren zu schliessen.

Ohne Erfolg und ohne Mitnahme irgendwelcher Gegenstände wurde parallel zur gleichen Zeit auch die Privatwohnung des RA Elfferding geöffnet und durchsucht."

VERTEIDIGERAUSSCHLUß im ‚2.JUNI-PROZEß'

Im ID 161 und 164 wurde berichtet, wie mit dem Prozeß um die Unterstützung der Bewegung 2.Juni gegen Waltraut Siepert und Tina Doemland Material herbeigepokert werden soll, um eine Verurteilung im ‚großen' 2.Juni-Prozeß vorwegzunehmen. In diesem Zusammenhang steht auch der Ausschluß von RA Elfferding als Verteidiger von Till Meyer und Gabriele Rollnik, die der Beteiligung an der Lorenz-Entführung beschuldigt werden. Um die Zusammenhänge dieser Staatsschutzstrategie und die Hintergründe des Prozesses zu veröffentlichen, wurde in Berlin ein Prozeßbüro gegründet. (Anschrift und Spendenkonto werden demnächst bekanntgegeben.) Zu dem Verteidigerausschluß schreibt die Rote Hilfe Westberlin:

„Mit Beschluß vom 2.Februar 1977 hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs, Herr Kuhn, Rechtsanwalt Dethloff als Verteidiger von Till Meyer und Inge Viett sowie Rechtsanwalt Elfferding als Verteidiger von Till Meyer und Gabriele Rollnik ‚zurückgewiesen'. D.h. von der Verteidigung im Verfahren gegen die angeblichen ‚Lorenz-Entführer' ausgeschlossen.

Der Beschluß erging auf Antrag des Generalbundesanwalts Rechtsanwalt Dethloff hatte Inge Viett, RA Elfferding hatte Gabriele Rollnik im Verfahren wegen der Lorenz-Entführung u.a. verteidigt, beide Rechtsanwälte zusammen hatten Till Meyer in einem ursprünglich ganz anderen Verfahren wegen eines Überfalls auf die TU-Hauptkasse im Jahre 1971 verteidigt. Die Beschuldigung gegen Till Meyer, an diesem Überfall teilgenommen zu haben, beruht ausschließlich auf Angaben des ‚Kronzeugen' Heinz Brockmann. Nach dessen Angaben soll an diesem Überfall auch Ralf Reinders teilgenommen haben — sonst keiner von denen, die heute angeblich zur ‚Bewegung 2.Juni' gehören sollen. Und Brockmann hatte ausdrücklich ausgesagt, Till Meyer habe damals nicht zur Gruppe um Reinders — die zu der Zeit auch nocht nicht ‚Bewegung 2. Juni' geheißen haben soll — gehört, sondern habe nur bei diesem einen Überfall mit Reinders ‚zusammengearbeitet'. Aufgrund dieser Angaben von Brockmann war bereits im Sommer 1976 ein Versuch der Staatsanwaltschaft in Berlin und des Amtsgerichts Tiergarten gescheitert, die RA Dethloff und Elfferding — damals ‚nur' von der Verteidigung von Till Meyer auszuschließen. Die Staatsschutzkammer (!) des Landgerichts Berlin hob diesen Ausschluß wieder auf.

Danach — und nachdem Inge Viett und Gabriele Rollnik das Frauengefängnis Lehrter Straße bereits wieder verlassen hatten — verband der Generalbundesanwalt einfach das alte Verfahren gegen Till Meyer mit seinem neuen Ermittlungsverfahren wegen Lorenz-Entführung und anderer Vorwürfe und machte so, gegen die Argumente der Verteidigung (daß nämlich die Ermittlungen wegen der TU-Sache längst abgeschlossen und anklagereif waren und dies nicht länger verzögert werden durfte), aus beiden ein Verfahren. Alsbald folgte der Ausschlußantrag nach § 146 StPO.

Der Ausschluß-Beschluß vom 2.2.1977 ist fünfeinhalb Seiten lang, davon knapp eine Seite eigene Begründung des Ermittlungsrichters. Inhalt der Begründung: alle drei Beschuldigten seien verdächtig, der gleichen ‚kriminellen Vereinigung', wenn auch möglicherweise zu ganz verschiedenen Zeiten, möglicherweise angehört, sie möglicherweise auch nur unterstützt zu haben — ob also Till Meyer im Jahre 1971 Inge Viett und Gabriele Rollnik überhaupt gekannt hätte, ob diese beiden damals schon einer ‚Bewegung 2.Juni' oder einem Vorläufer dieser Gruppe angehörten oder nicht, ist ebenso gleichgültig wie die Tatsache, daß selbst nach Brockmann's Aussagen Till Meyer damals nicht zu dieser Gruppe gehört hätte. Kernsätze der Beschluß-Begründung: (zu Meyer und Rollnik — für Meyer und Viett soll das Gleiche gelten):

„Beiden Beschuldigten wird zur Last gelegt, Mitglied der gleichen kriminellen Vereinigung zu sein oder gewesen zu sein. Dieser gemeinsame Tatvorwurf ‚verklammert' die Tatvorwürfe gegen die beiden Beschuldigten,sodaß eine einheitliche Tat im Sinne eines zusammenhängenden Tatgeschehens vorliegt. Unerheblich ist, daß derzeit noch nicht exakt festgestellt werden kann, ob und wer zu einem bestimmten Zeitpunkt dieser kriminellen Vereinigung angehörte und ob sich diese kriminelle Vereinigung möglicherweise unter anderem Namen und unter anderer Beteiligung fortgesetzt hat. Für das Ermittlungsverfahren muß es ausreichen, daß genügend Anhaltspunkte, die hier gegeben sind, für die Identität der kriminellen Vereinigung vorliegen."

Mit dieser Entscheidung ist der Boden bereitet für den nächsten, letzten Schritt bei Verteidigerausschlüssen, der heissen wird: wer einmal jemanden verteidigt hat, der auch nur vage verdächtig ist, etwas mit irgendeiner ‚kriminellen Vereinigung' zu tun zu haben, darf nie wieder einen Mandanten vertreten,der ebenfalls in einem solchen Verdacht steht — egal, welche Vereinigung, egal, welche Zeitpunkte. Tut er es trotzdem, fliegt er bei beiden raus. "

Rote Hilfe Westberlin,Postfach 210 512, 1000 Berlin 21

Am Mittwoch, 16.2., wurde das Büro von Elfferding wieder durchsucht, ebenso die Privatwohnungen aller im Büro Beschäftigten, einschließlich der Bürogehilfin. Offizielle Begründung: Verdacht auf Gründung einer kriminellen Vereinigung (das ist ein absoluter U-Haftgrund!) und Verdacht auf Aufbau einer „Infozentrale".

WIE WOLFGANG QUANTE „GEBESSERT" WIRD

BREMEN 8. Februar *Ein Bremer Genosse berichtet über seine Versuche, mit Wolfgang Quante Kontakt zu halten:*

„Wolfgang Quante wurde im November '76 zu mindestens 2, höchstens 3 1/2 Jahren Jugendstrafe verurteilt (siehe ID 148, 155). Gleich nach seiner Verurteilung, nahm ich zu ihm Briefkontakt auf. Gleichzeitig bemühte ich mich, eine Besuchserlaubnis zu erhalten. Der zuständige Richter, Crome, Vorsitzender der Großen Strafkammer III, in der Zwischenzeit avanciert wegen „besonders guten Leistungen" zum Präsidenten des Landgerichts, lehnte meine drei Besuchsanträge ab. Seine Mutter würde ihn, Wolfgang, besuchen, und er sehe keine Veranlassung, neben dieser Besuchsmöglichkeit eine andere zuzulassen. Dies würde den Gleichheitsgrundsätzen zuwiderlaufen. Mit Besuch für Wolfgang war also nichts. Ich ließ aber nicht locker.

Mittlerweile ist Wolfgang „rechtskräftig" verurteilt worden und der in höhere Berufssphären aufgestiegene Crome ist für Wolfgang nicht mehr zuständig. Cromes letzte Tat war die, daß er beschloß, Wolfgang in einer Jugendstrafanstalt unterbringen zu lassen. Zur Zeit sitzt er, seit Oktober '74 im UG Bremen.Die Sache ist jetzt die, daß keine Jugendstrafanstalt Wolfgang aufnehmen will, weil sie befürchten, daß er mit „Gewalt" von aussen befreit wird oder was für sie noch schlimmer wäre, er mit den jugendlichen Strafgefangenen in Kontakt kommt, diese dann aufmüpfig werden, ja sogar vielleicht Widerstand im Knast leisten. Die Folge ist nun, daß er weiterhin im UG sitzt, er wieder Einzelhofgang hat, weil er als jugendlicher Strafgefangener nicht mit erwachsenen Strafgefangenen in Kontakt kommen darf. Natürlich sitzt er auch seit 2 1/2 Jahren in Einzelhaft.

Am 8.2.77 ging ich mal wieder zum Richter um eine Besuchserlaubnis zu bekommen. Um 9 Uhr 15 war ich im Gericht, um 13 Uhr 15 konnte ich meinen „ersten" Schritt in den Knast machen. Natürlich mußte sich der Jugendrichter erst einmal ein „Bild" von mir machen, er kannte mich ja nicht. Ich hätte ja auch eine Knarre mit in den Knast nehmen oder sonst etwas machen können. Er mußte sich erst einmal über mich „erkundigen". Wo wohl? Na, das erste war wohl K 10 in Bremen, dann das LKA und dann BKA? Auf die Frage, warum denn Wolfgang noch immer nicht entlassen sei, sagte er mir, er könnte sich noch kein Bild über Wolfgang machen. Er müßte ja erst einmal in den „Genuß" des Jugendstrafvollzugs kommen, das heißt: es soll pädagogisch auf ihn eingewirkt werden, so wie es sich Crome vorgestellt hat. Da dies nur in der Jugendstrafanstalt möglich ist, und er in dieser noch nicht sei, könnte man ihn wohl noch nicht entlassen. Somit wäre der Kreislauf wieder geschlossen, der sich wohl erst dann öffnet, wenn Wolfgang die 3 1/2 Jahre rum hat. Wird man mit so viel Zynismus konfrontiert – oder was ist das sonst? – braucht man schon einige Energie, die Wut, den Haß, den Widerstand, der sich den Weg durch die Fäuste bahnen will, zu bändigen.

WENN ICH VON OSSENDORF KOMME, BIN ICH GANZ DEPRIMIERT (KUHN, ERMITTLUNGSRICHTER)

KÖLN 14. Februar *Die folgende Erklärung zu den Haftbedingungen von Roland Mayer, Siegfried Haag und Sabine Schmitz, die verdächtigt werden, einer „kriminellen Vereinigung" anzugehören, schickte uns die Knastgruppe Ossendorf zu. Wir bekamen dieselbige Erklärung bereits anonym – mit Monsieur X unterschrieben – mit der Aufforderung, sie „ungekürzt, unzensiert" abzudrucken. Weil wir nicht einverstanden sind, als befehlsempfangender Dienstleistungsbetrieb behandelt zu werden, druckten wir sie bisher nicht ab, obwohl wir sie inhaltlich wichtig fanden.*

„Am 30.11. wurden Roland Mayer und Siegfried Haag bei einer Kontrolle auf der Autobahn festgenommen. In der Folge wurde Sabine Schmitz am 1.12. aus ihrer Wohnung heraus verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, zu einer Stadtguerillagruppe zu gehören, bzw. sie unterstützt zu haben. Alle drei Gefangenen befinden sich seitdem in Vernichtungshaft. Bundesrichter Kuhn hat gegen sie die vollständige soziale Isolation und totale Überwachung verfügt Sie sind teilweise Sensorischer Deprivation ausgesetzt (Einschränkung oder Ausschaltung der Möglichkeiten sinnlicher Wahrnehmung). Die Haftbedingungen, die bei den drei Gefangenen nahezu identisch sind, umfassen u.a. folgende Punkte:

3. Das Fenster des Haftraums des Beschuldigten ist mit einer Schutzvorrichtung zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahme zu versehen, wobei ausreichende Sicht, ausreichender Lichteinfall und ausreichende Belüftung nicht beeinträchtigt werden dürfen.

5. Die Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen. Der Beschuldigte ist auch im übrigen von anderen getrennt zu halten. Dies gilt auch für Vorführungen innerhalb der Anstalt, z.B. Vorführung zur Verwaltung zum Arzt, zum Baden u.ä.

7. Die Bewegung im Freien ist als Einzelfreistunde durchzuführen, deren Dauer der jeweiligen Freizeit der anderen Untersuchungsgefangenen entspricht. Die Einzelfreistunde ist sofort abzubrechen, wenn der Beschuldigte sie zu Störungen mißbraucht, insbesondere Anweisungen nicht befolgt, Anstaltsbedienstete beleidigt, Körper- oder Sachschäden begeht oder Kontakt zu anderen Gefangenen aufnimmt.

11. Der Beschuldigte, sein Haftraum unddie darin befindlichen Sachen sind täglich zu durchsuchen, Kenntnisnahme vom Inhalt der Verteidigungsunterlagen ist nicht zulässig.

12. Der Beschuldigte ist wiederholt zu beobachten. Die Beobachtung ist in unregelmäßigen Abständen durchzuführen. Die Zellenbeleuchtung darf dabei nachts kurz eingeschaltet werden, wenn die überwachenden Vollzugsbediensteten sich nicht auf andere Weise von der Anwesenheit des Beschuldigten überzeugen können.

20. Der Beschuldigte ist vor und nach jedem Besuch bei völliger Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen
(Zitate aus insgesamt 26 Punkten).

Roland Mayer, z.Z. JVA Köln-Ossendorf. Was der Staatsschutz mit ihm vor hat, hat ihm ein BKA-Bulle gleich am Anfang mit zynischer Offenheit gesagt:„Haben Sie die Absicht Selbstmord zu machen? Aus unseren Unterlagen geht hervor, daß Sie drogenabhängig sind."

Was das nach der Hinrichtung von Ulrike Meinhof bedeutet ist klar: Die Ermordung politischer Gefangener wird der Öffentlichkeit als Selbstmord infolge von psychischer Labilität, Verzweiflung, Resignation verkauft. Außerdem ist diese Morddrohung Teil von massiven Versuchen des BKA, Roland zu verhören und umzudrehen, die jedoch fehlgeschlagen sind, weil er die Bullen jedesmal rausschmeißt. Es wurde Anzeige wegen Aussageerpressung erstattet.

Siegfried Haag, z.Z. JVA Frankenthal. Um den Angriff auf die politische und physische Identität des Gefangenen auf die Spitze zu treiben, wurden bis jetzt von 6 Verteidigern 5 der Reihe nach ausgeschlossen. Begründung: StPO §146 – lex RAF = Verteidigerausschlußgesetz. Um die Sensorische Deprivation perfekt zu machen, wurde ihm jetzt als „Schutzvorrichtung zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahme" eine gestanzte Eisenplatte ins Fenster reingebaut. Außerdem gilt für ihn die Haftbedingung:

– „Den Beamten des Bundeskriminalamtes – Abt. TE – ist es gestattet, den Beschuldigten jederzeit zu sprechen und zwecks Ermittlungshandlungen auszuführen."

Die einzigen Menschen, die Siegfried bis jetzt sehen konnte, waren seine Frau mit ihren beiden Kindern uns seine Eltern. Das

soll jedoch jetzt anders werden: der Bundesrichter Kuhn will die Kinder vom Besuch ausschließen. Begründung: „Unkontrollierbare Übermittlung von verschlüsselter Nachrichten," durch Geschichten-Erzählen und lautes Herumtollen.

Sabine Schmitz, z.Z. JVA Aichach. Der Staatsschutz versucht von Sabine durch physischen Terror und Isolation Kollaboration und Geständnisse zu erpressen; gerade weil gegen sie kein konkreter Haftgrund vorliegt, soll ihre politische Identität zerstört werden. Als sie sich der erkennungsdienstlichen Behandlung widersetzte wurden ihr fast die Hände gebrochen. Ein BKA-Bulle drohte :„Du kannst auch ne Spritze kriegen!" Mehrmals zusammengeschlagen kam sie in den mal überhitzten, mal eiskalten Bunker, nachdem sie

- aus der Zelle in Stammheim ein Handtuch mit der Aufschrift „Kampf der Isolationsfolter" gehängt hatte
- beim Hofgang versucht hatte, sich mit anderen Gefangenen zu verständigen.

Daß die Angriffe des Vollzugs sich gegen ihre gesamte Person richten, wird auch daran deutlich, daß Sabine in Stammheim in den infizierten Bunker kam, nachdem dort eine andere an Typhus erkrankte Gefangene gewesen war. Daß es dem Staatsschutz gerade darauf ankommt, durch die Isolations-Haft Geständnisse zu erpressen, zeigt auch die Begründung des Bundesgerichtshofes zur Aufrechterhaltung des Haftbefehls gegen Sabine beim Haftprüfungstermin:Nachdem das Bundeskriminalamt den Hauptvorwurf („Vorbereitung von Revolutionären Zellen—Anschlägen") kleinlaut hat zrückziehen müssen, begründete Bundesrichter Kuhn den Haftbefehl lapidar damit, daß die Entlastungsbeweise nicht ausreichen (die Beweislast liegt nicht beim Staatsschutz), d.h. Folter auf Verdacht. Verdächtigt werden kann heutzutage jeder."

GEMEINSAME BESCHWERDE VON GEFANGENEN DER JVA TEGEL

WESTBERLIN
3. Februar

Im ID 158/159 und 163 berichteten wir über die Repressalien, denen Gefangene wegen der Herstellung und Verbreitung der autonomen Gefangenenzeitung „Durchblick" ausgesetzt sind. Erst jetzt bekamen wir den Wortlaut einer Beschwerde, die Gefangene in der JVA Tegel bereits am 27. Dezember gegen die Anstaltsleitung eingelegt haben. Bis jetzt haben die Behörden darauf nicht reagiert.

„Wir, die ausländischen und deutschen Gefangenen der JVA Tegel, protestieren auf das schärfste gegen Willkürakte und Zwangsmaßnahmen der Tegeler Anstaltsleitung, die gegen eine Reihe von Mitgefangenen verhängt wurden und angewendet werden. ... Einer der Gründe, dieses — unseres — berechtigten Protestes sind die jüngsten Vorfälle vom 25.12. 1976, wo Mitgefangene mit ungerechtfertigten, drakonischen Strafen belegt wurden. Sie erhielten unter anderem alle:

eine viermonatige Veranstaltungssperre,
zwei Monate Einkaufssperre
der Gefangene Hans Sontag wurde zusätzlich (zum 5. Mal) in die Berliner „Bastille" (Moabit) verschleppt ...
und das am 25.12., an Weihnachten ...

Wir protestieren ebenfalls gegen die andauernde, verschärfte Isolationshaft von Omhan Elhage, Dafir-al-Ani, Farmarz Shamanesh, Peter Beu, Junar Katash, die bereits am 20.8. 1976 mit fadenscheinigem Vorwand in das berüchtigte Isolationsgefängnis Moabit deportiert wurden.

Einen weiteren Beweis für die Unmenschlichkeit der Tegeler Anstaltsleitung zeigt besonders jetzt zu den Feiertagen die Behandlung an unserem Mitgefangenen Vakil, den man seit dem 19.8.76, also über vier Monate bereits in Isolationshaft hält, und diese menschenfeindliche Behandlung selbst über die Feiertage aufrecht erhält! Wo bereits vielen von uns bekannt geworden ist, daß speziell bei Vakil permanente Selbstmordgefahr gegeben ist. Dieses kann auch der Knastadministration nicht verborgen geblieben sein. Man muß unterstellen, daß hinsichlich Vakil, ganz gezielt, der „Selbst"Mord billigend in Kauf benommen wird. Wir werden noch deutlicher: praktiziert wird. An dieser Stelle erinnern wir an 13 Tote Mitgefangene (sogenannte Selbstmorde) nur in der Untersuchungshaft, nur im laufenden Jahr!

Diese Verhaltensweisen stehen in totalem Widerspruch zu den angeblichen Bemühungen und Versprechungen von Senator Baumann, den Strafvollzug zu liberalisieren und menschenwürdiger zu machen. Wir wollen gar nicht davon reden, daß auch eine rechtliche Grundlage für die Verhaltensweisen der Leitung dieser Anstalt nicht besteht.

Des weiteren wollen wir Beschwerde führen über die zur Zeit von der Berliner Staatsanwaltschaft unseren ausländischen Mitgefangenen gegenüber angewandten Erpressungspraktiken. Begründung: Ein ausländischer Gefangener wird nur noch vor die eigene Wahl gestellt, wenn er auf „zwei Drittel" seine Chance haben will, entlassen zu werden — sich abschieben zu lassen oder die Strafe voll abzusitzen. Das ist Erpressung!

Gegen die oben angeführten Mißstände und Ungerechtigkeiten (und vieles mehr) erheben wir Protest und führen Beschwerde: Wir fordern zum wiederholten Male:

1. die sofortige Aufhebung der unberechtigten Hausstrafen (Einkaufssperren, Veranstaltungssperren).
2. die sofortige Rückverlegung der nach Moabit verschleppten Gefangenen
3. Die sofortige Aufhebung der Isolationshaft von Vakil
4. Dass die Staatsanwaltschaft ab sofort die Diskriminierung und Erpressung bei zwei Drittel-Anträgen bei unseren ausländischen Mitgefangenen fallen läßt."

(Es folgen die Unterschriften von 34 Gefangenen.)

EAP WIRBT FÜR KERNKRAFTWERKE UND FÜR DAS ENERGIEPROGRAMM DER BUNDES—REGIERUNG

FRANKFURT
17. Februar

Die EAP ist die „Europäische Arbeiter Partei" ein Ableger des weltweit von USA aus geführten Popanz der „Labor committees" (s. ID 116). Sie tauchen immer dann mit ihrer „linken" Kritik auf, wenn tatsächliche Aktivitäten der Linken politisch relevant werden. Eine Flut von konfusen Flugblättern über „CIA und Rockefeller, atlantische Austerität und Weltentwicklungsbank" werden von ihnen unter die Leute gebracht. Aber die Spinnerei hat System: in USA konnten finanzielle und personelle Verbindungen zum FBI nachgewiesen werden. In der BRD erhielten sie bei der Bundestagswahl ca. 6000 Stimmen, hatten aber offensichtlich mehr Geld für den Wahlkampf als jede linke Kleinpartei. Nun wirbt sie mit makabrem Aufwand für die Kernenergie:

„Als ich neulich aus dem Gebäude der Frankfurter AOK kam, fiel ein EAPler über mich her und wollte mich für den BAu von Kernkraftwerken gewinnen. Er erzählte, in Schweden sei ein neues Verfahren entwickelt worden, um Atommüll in Metall (!) umzuwandeln. Den schwedischen KKW-Gegnern sei daraufhin die Spucke weggeblieben und alle ihre Argumente hätten sich in Luft aufgelöst.

Kurz darauf, als ich wieder an der AOK vorbeikam, fiel ein anderer über mich her (anders kann man das wirklich nicht ausdrücken; die laufen 20 - 30 Meter neben dir her, schreien dir die Ohren voll und zupfen dich – zumindest ältere Leute – am Ärmel). Der meinte also, an der Frankfurter Uni könne ich über solche Probleme wirklich nichts lernen. Auf meinen Hinweis, daß ich mit der Uni nichts zu tun habe, meinte er, wenn überhaupt ne Zeitung, würde ich doch höchstens die Rundschau lesen und da stände nur Scheiße drin. Ich , mittlerweile pottsauer, bot ihm paar Arschtritte an, damit er wisse, wieviele Zeitungen ich wirklich lese. Als ich dann aber noch als Beispiel den ID nannte, lallte er: „Informationsdienst hört sich zwar schön an, aber es gibt keine Zeitung von Relevanz, die ich nicht kenne." Mir hat's dann voll und ganz gereicht und bin weiter zum Arbeitsamt, wo ich prompt wieder in so einen Haufen reingelaufen bin. Eine EAP-Tante war gerade dabei, vier Lehrlinge zu agitieren. Da bin ich doch dann stehengeblieben und als ich angefangen habe, den vier Typen was über das pseudo-linke Gequatsche der EAP zu erzählen, (Pro-KKW, CIA usw.) brüllte mich die Tante an, ich hätte hier überhaupt nichts zu suchen, sie hätten den Stand bei der Polizei ordnungsgemäß angemeldet und würde mich hiermit des Feldes verweisen. Darauf die vier: „Ja, wie ist das eigentlich: seid ihr für oder gegen Kernkraftwerke?" – „Wir sind für Kernkraftwerke,weil..." – die vier: „Danke, das reicht."
Und eine ältere Frau: „Bei der KPD, die gestern hier stand,weiß man ja noch wenigstens, was die wollen, aber bei denen hier..."

Hier noch ein paar Auszüge aus dem 10 Pfennig teuren EAP-Flugblatt:

„Wir befinden uns mitten in einem Energiekrieg! (...) Schlesinger und Carter sind die Angreifer in dem Energiekrieg in ihrer Eigenschaft als – nun offizielle – Sachverwalter der Wall-Street-Banken, der sieben Ölschwestern. Ihre Truppen sind die „Nullwachstumsbewegung, die Anti-Kernspaltungsbewegung, die internationalen Terroristen, die Dissidenten und alle, die dumm, feige oder unmoralisch genug sind, mitzulaufen. (...) Für Carter und Schlesinger kann es demnach nur ein Ziel geben: die Welt wieder unter ihre alleinige Kontrolle zu bringen. Das Mittel dazu ist, die Internationale Kontrolle über die Weltenergieversorgung zurückzugewinnen. Wer nicht nach der amerikanischen Pfeife tanzt,dem wird der Hahn zugedreht."

Und nach einem Hinweis auf den kürzlichen ‚Energiekrieg gegen die amerikanische Bevölkerung'. „Zugegebene Rockefelleragenten, wie zum Beispiel ein gewisser Herr Jakob Scheer vom NRDC und andere infiltrieren schon seit Jahren die BRD. Zuerst war es nur die Ideologie der Nullwachstumsbewegung. (...) Scheer züchtet eine Gruppe, die buchstäblich über Leichen gehen soll. Auf einer Veranstaltung in Bremen wurde öffentlich verkündet, man rechne bei der Anti-Kernkraftsdemonstration am 19. Februar in Brokdorf mit 200 Toten und mehr, aber das müsse man wohl in Kauf nehmen, hieß es. Scheer gehört in Haft.– Auch wenn er nur einer von Schlesingers Schachfiguren ist." Es gebe nur „Verfall oder Wachstum". Die Alternative zu „Carters Desinudstrialisierungspolitik" sei „ein neues Währungssystem, Schuldenmoratorium für die Dritte Welt und die friedliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Die Sowjetunion hat wiederholt das Angebot gemacht, westliche Länder könnten wie Comecon-Mitglieder den Transferablen Rubel als Handelswährung benutzen."

„Die große Gefahr des Plutoniums für die Menschheit wurde erst von jenen Kräften beschworen, die Sparpolitik und Nullwachstum im Sinn haben. Die erreichten Vorsichtsmaßnahmen seien „mehr als ausreichend, um die möglichen Gefahren des Plutoniums beherrschen zu können. (...) Es geht vielmehr einfach darum, den Müll für eine lange Zeit (d. h. für einige tausend Jahre) der Umgebung des Menschen fernzuhalten. Das stellt sich als ein rein technisches Problem und ist in jeder praktischer Hinsicht bereits gelöst. (...) Von allen vier großen Firmen, die in den USA zur Zeit Reaktoren bauen, (...) wurden buchstäblich tausende von Analysen sowohl der bereits im Betrieb befindlichen als auch der geplanten Kernreaktoren erstellt, die alle zum überzeugenden Schluß kamen, daß keiner dieser konstruierten Unfälle sich je ereignen kann. (...)

Diese Katastrophen-Szenarios sind genauso realistisch wie die Spekulation, daß aus irgendeinem unbekannten Grund alle vier Triebwerke einer bis zum letzten Platz besetzten Boing 747 ausfallen, während das Flugzeug gerade einen unerlaubten Kurs fliegt und die Maschine zur Halbzeit mitten in ein Stadion stürzt, in dem gerade das Endspiel um die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen wird. (...)

Wir wollen auch nicht, daß ausländische Agenten in der Bundesrepublik Jugendliche bewaffnen und gegen Kernkraftwerke zu Felde ziehen lassen, ohne daß sie überhaupt begreifen, was gespielt wird. Bevor die inszenierte Schlacht um Brokdorf beginnt, muß diesen Agenten das Handwerk gelegt werden.

Wirkliche Initiativen werden jetzt gebraucht von Gewerkschaftern Parteipolitikern, Wissenschaftlern, Arbeitern und anderen, eine entsprechende Politik der Bundesregierung auf allen Ebenen zu fördern und zu fordern."

Als Verantwortlicher für diese wertvollen Informationen zeichnet ein gewisser Herr Anno Hellenbroich, Schiersteiner Str.6; 6200 Wiesbaden."

FORTSETZUNG IM WYHLER KKW-PROZEß

FREIBURG
16.Februar

Einige Privatpersonen und Gemeinden aus dem südbadischen Raum haben einen Prozeß gegen Betreiber des KKW Wyhl angestrengt, in dem vor Gericht offengelegt werden soll, welche unmittelbaren und mittelbaren Gefahren von dem geplanten Kernkraftwerk ausgehen. Hier die Fortsetzung des Berichts vom ID 164:

„Am Montag konnte der amerikanische Sachverständige Robert Polland befragt werden. Er war Sicherheitsexperte und Kerntechniker bei der amerikanischen Atomenergiebehörde. Er gab diesen Job auf, weil er nicht länger in der Öffentlichkeit sagen konnte, die Kernenergie sei sicher, während die Reaktorhersteller und die Regierung genau wissen, daß wesentliche Sicherheitsprobleme existieren, für die es bislang keine Lösungen gibt. Polland zeigte im Prozeß die schwachen Stellen bei der jetzigen Konstruktionsweise der Atomkraftwerke auf. Vor allem Schäden an den konventionellen Teilen werden vom Sicherheitssystem nicht kontrolliert und können katastrophale Folgen haben. Das Reaktorgefäß benötigt einen von den Betreibern nicht geplanten Berstschutz, der auch nach Angaben von Sachverständigen die das AKW befürworten, einige hundert Mio. Mark kosten würde. Bei einem Unfall könnte der Berstschutz zumindest einen Teil der erwarteten Schäden verhindern. Der KWS (Süd-Ableger der Kraftwerks Union) ist diese Investition aber zu teuer. Weitere Unsicherheitsfaktoren am geplanten AKW sind Funktionsfähigkeit der Notkühlung. Die Tests zur Reaktorsicherheit sind völlig unzureichend. Bei einem Schaden am Generator können tonnenschwere Einzelteile weggeschleudert werden und das Reaktorgebäude beschädigen.

Polland konnte zwar seine massiven Bedenken gegen die Sicherheitsvorschriften vortragen, aber wieder standen einem Sachverständigen der AKW-Gegner vier Sachverständige der KWS gegenüber, wobei die Unterstützung der Bürgerinitiativ-Anwälte mehr als mäßig war. Am Dienstag beschäftigte man sich nach Abschluß der Beweisaufnahme mit der Möglichkeit eines GAU (größter anzunehmender Unfall). Bei einer Reaktorkatastrophe muß die Bevölkerung bei Windstille innerhalb von 2 Stunden ein Gebiet im Umkreis von 7 Kilometern verlassen; bei Westwind, der größtenteils in der Rheinebene herrscht, verringert sich diese Zeit natürlich wesentlich. Bei Sturm, so bestätigen sogar die Befürworter, legt die radioaktive Wolke 10 Kilometer in einer dreiviertel Stunde zurück. Für die Evakuierung benötigt man aber mindestens vier Stunden. Da aber der Katastrophenplan nicht veröffentlich wird und man annehmen kann, daß die Behörde keine sofortige Evakuierung anordnet, weil sie in Verzug geraten wird – bleibt nur noch die Abriegelung des Gebiets. Hunderttausende Tote und Kranke sind eingeplant. Selbst bei einer optimalen Evakuierung rechnen auch die Befürworter mit 3000 Soforttoten. 42 Sachverständige, die am Prozeß teilnahmen, sind im Dienst der Atomindustrie und werden von ihr bezahlt und machten natürlich die entsprechenden Aussagen. Nur neun Gutachter unterstützten die Kläger. Das mögliche Urteil kommt Mitte März, die Bedenken der Bevölkerung sind nicht ausgeräumt.

KEIN KKW IN WYHL UND AUCH NICHT ANDERSWO.

BUNDESWEITES TREFFEN DER SPORT-FACHSCHAFTEN

DARMSTADT 11. Februar Am 28. Januar bis zum 30. Januar 77 fand in Darmstadt eine Tagung der Sport-Fachschaften und verschiedener Initiativ- bzw. Basisgruppen Sport aus der gesamten BRD statt. Obwohl in den letzten drei Jahren Tagungen dieser Art mehr oder weniger regelmäßig stattfanden, konnte man bisher nicht von einer kontinuierlichen und effektiven Arbeit sprechen. Auf einem Treffen in Köln am 4./5. 12. 76 wurde dann ein neuer Anfang gemacht. Die Arbeit sollte systematisiert und zum besseren Kommunikations- und Informationsfluß ein Fachschafts-Informationsdienst Sport (FIDS) augebaut werden. Über diesen Informationsdienst konnten weitere Fachschaften und Gruppen für eine Mitarbeit interessiert werden, so daß der FIDS-Verteiler momentan 16 Fachschaften bzw. Gruppen aus der ganzen BRD und West-Berlin umfaßt.

In Köln und anschließend in Darmstadt wurde als Ziel der Arbeit auf den Tagungen genannt, die dringend notwendige inhaltliche Diskussion in der westdeutschen Sport-Linken (man sollte es kaum glauben, aber so was gibts auch) voranzutreiben und die vereinzelte Arbeit der Fachschaften und Gruppen an den verschiedenen Sport-Instituten zusammenzufassen; was, seitdem die „Aktionsgemeinschaft der Studenten der Sensomotorik" (ASS) 1972 aufgrund der starken politischen Differenzen zwischen MSB und K-Gruppen sowie infolge einer falschen Analyse der Kämpfe an den HOchschulen aufgelöst wurde, nicht mehr geschehen ist.

Die Themen, die auf den Tagungen behandelt und diskutiert werden sollen, sind in groben Zügen folgende:

1. Auswirkungen und Funktion staatlicher Bildungspolitik
2. Kritik bürgerlicher sportwissenschaftlicher Ansätze
3. Vermittlungsaspekte, Formen der Fachschaftsarbeit sowie politischer Arbeit an den Hochschulen — natürlich speziell im Sport-Bereich.

In Darmstadt wurde anhand eines von den Kölner und Bonner Genossinnen und Genossen erstellten Thesenpapiers zum Ausbildungssektor diskutiert. Hierbei traten, wie nicht anders zu erwarten, die zum Teil erheblichen politischen Differenzen der anwesenden Gruppen zutage: Auf der einen Seite die sehr stark vertretenen „Unorganisierten" bzw. Selbstorganisierten, sowie Jusos und SHBler, die sich erstaunlicherweise in vielen Punkten einigen konnten, auf der anderen Seite eine Minderheit von KBW-Orientierten Gruppen, Trotzdem sieht es momentan so aus, als könnten wir doch vorankommen, da alle Gruppen an einer Weiterarbeit interessiert sind und auch der FIDS ganz gut läuft. Die nächste Tagung findet vom 22.4. bis zum 24.4. 77 in Bremen unter dem Thema „Sport im Kapitalismus" statt. Wer Interesse hat, an der Tagung teilzunehmen oder in den FIDS-Verteiler aufgenommen zu werden, wende sich bitte an untenstehende Kontaktadresse:

AStA der SHS Köln, Carl-Diem-Weg
5000 Köln 41
Tel.: 0221/48 78 46

ERMITTLUNGEN GEGEN EHEMALIGE ASTA-MITGLIEDER

GÖTTINGEN 15. Februar Der massive Widerstand, den die Göttinger Studenten in den vergangenen Monaten durch Streiks und andere Aktionen dem geplanten niedersächsischen Hochschulgesetz, den ständigen Studienverschärfungen auf allen Ebenen und den Verschlechterungen ihrer materiellen Lage antgegengebracht haben, scheint auf seiten der Landesregierung und der Kultusbürokratie zu erheblicher Nervosität und zu Befürchtungen für die weitere reibungslose Durchführung ihrer Politik geführt zu haben.

Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man sieht, wie in letzter Zeit in Göttingen wiederholt versucht wurde, einzelne, politisch unbequeme Studenten strafrechtlich zu verfolgen und zu Kriminellen abzustempeln, um auf diese Weise die Masse der Studenten einzuschüchtern und in der Überzeugung von der Legitimität ihres Protests zu verunsichern.

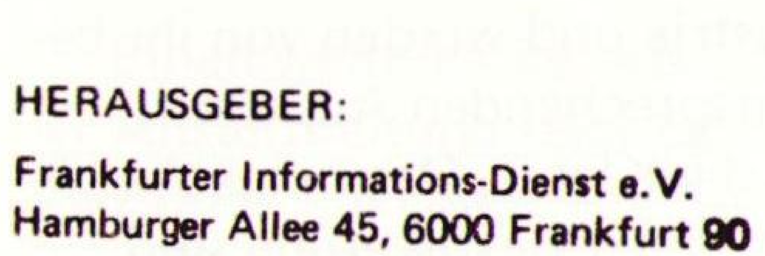
Nachdem bereits gegen Studenten der Pädagogischen Hochschule sowie gegen mehrere Beteiligte einer Fachbereichsratssprengung an der Universität Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs ingang gesetzt wurden, erweiterte man di die Reihe der Justizmaßnahmen in der vergangenen Woche um ein ebenso schwerwiegendes wie groteskes Unternehmen: Gegen die Finanzreferenten und die Vorsitzenden aller in den Jahren 1971 bis 1974 amtierenden ASten wird wegen des Tatverdachts der „Untreue" ermittelt. In diesem Zusammenhang gehts es nun keineswegs, wie vielleicht zu vermuten wäre, darum, daß studentische Gelder von einigen Funktionären privatisiert, versoffen oder anderweitig vergeudet wurden. Vielmehr laufen die Ermittlungen darauf hinaus, den — überwiegend der Juso-Hochschulgruppe und dem ehemaligen SHB angehörenden Studentenvertretern persönlich zur Last legen, studentische Gelder zum Zwecke allgemeinpolitischer Äußerungen und Aktivitäten verausgabt, „mißbraucht", zu haben.

Bekanntlich wird, seitdem Angehörige sozialistischer Hochschulgruppen mehrheitlich in die Organe der Verfaßten Studentenschaft gewählt werden und in diesen eine entsprechende gesellschaftskritische Politik vertreten, auf seiten der Kultusbürokratie die Ansicht vertreten, daß den Organen der Studentenschaft kein uneingeschränktes Recht auf freie politische Meinungsäußerung und Betätigung zustehe, sondern, daß diese sich ausschließlich mit Angelegenheiten, die die Hochschulen direkt betreffen,zu befassen hätten. Von dieser Ansicht ging 1974 auch der Landesrechnungshof in seinem Finanzprüfungsbericht aus, der nun den Hintergrund der Ermittlungen bildet. Veröffentlichungen und Aktivitäten, die über den Hochschulbereich hinaus sich mit allgemeinpolitischen Problemen befaßten, wurden beanstandet.

Sollten Kultusministerium und Staatsanwaltschaft somit ihr Ziel der Verurteilung der von den Ermittlungen Betroffenen erreichen, so hätte dies nicht nur die schlimmsten Folgen für die private Existenz der Beschuldigten, so wäre dies nicht nur ein juristisches Nachspiel aus vergangenen Zeiten; eine Verurteilung der Beschuldigten hieße vielmehr eine Verurteilung und ein Verbot der Politik auch der jetzt amtierenden Fachschaften und ASten, die den politischen Widerstand der Studenten in den letzten Monaten organisierten und leiteten. Gleichzeitig wäre ein Präzedenzfall für alle ähnlich gelagerten Konflikte in der Bundesrepublik geschaffen.

Daß es sich bei der ganzen Angelegenheit nicht nur darum handelt, den Erfordernissen eines Rechtsstaats Genüge zu tun, liegt auf der Hand:

— Auch in früheren Jahren fanden Go-Ins in Sitzungen verschiedener Universitätsgremien statt, ohne daß einzelne Beteiligte deswegen juristisch verfolgt wurden.



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens



- Zu Zeiten, da noch der Außenminister Schröder die Studentenschaft zur Organisation von Fackelzügen anläßlich des Tages der Deutschen Einheit aufrief, da studentische Gelder für die Information über die Situation deutscher Kriegsgefangener und für die Verurteilung der Ereignisse in Ungarn 1956 verausgabt wurden, kam niemand auf die Idee, dieses Verhalten für nicht rechtmäßig zu halten, geschweige denn, die Verantwortlichen der Untreue zu bezichtigen. Die Strafgesetze waren jedoch damals wie heute die gleichen
- Wenn jüngst der Landesrechnungshof in einem anderen Finanzprüfungsbericht offenlegt, wie honore Professoren und Direktoren an universitären Forschungsinstituten in Niedersachsen fortgesetzt etliche 100.000 Mark trickreich in ihre Privatschatullen fließen lassen, sieht sich das Wissenschaftsministerium sogleich zu einer Ehrenerklärung für die Gilde der Professoren veranlaßt (Vgl. Frankfurter Rundschau vom 10.2.77) – Von „Untreue" keine Rede!
- Schließlich machte vor kurzem der niedersächsiche Kultusminister Remmers persönlich deutlich, worum es eigentlich geht. Nach seinen Worten sei es „an sich möglich," daß ein AStA auch zu Fragen, die über die unmittelbaren Angelegenheiten der Hochschule hinausgehen Erklärungen abgibt. „Als ich Student war, haben wir das auch gelegentlich getan." Heute stelle sich das Problem jedoch anders, weil sich „in der Studentenschaft linksextreme Ansichten festgesetzt hätten".

Um demokratisch gewählte und legitimierte, jedoch politisch unliebsame Studenten mundtot zu machen, werden also weder Kosten noch Mühen gescheut, diesen den RUch unehrlicher Machenschaften à la Lockheed und HeLaBa anzuhängen und sie für ihr politisches Engagement zu bestrafen.

Auf einer Universitätsvollversammlung in der letzten Woche wurde jedoch bereits deutlich, daß die Strategen der Justizkampagne ihr eingentliches Ziel: die Zerschlagung des studentischen Widerstands an den Hochschulen nicht erreichen dürften. Einhellig drückten die anwesenden Kommilitonen ihre Empörung über die Justizmaßnahmen aus und beschlossen mit einer Demonstration in der kommenden Woche ihre Solidarität mit den Beschuldigten zu dokumentieren.

Juso-Hochschulgruppe, Kreuzbergring 2, 3400 Göttingen

MIETSTREIK IN DREI BOCHUMER STUDENTEN–HEIMEN

BOCHUM
15. Februar

Aus der Zeitung Ruhr–Uni-Bochum entnehmen wir:

„Am 28. Dezember letzten Jahres gründeten Vertreter der momentan streikenden Häuser – Girondelle, Eulenbaum, Papageienhaus – den Koordinierungsausschuß Bochum. Auf dieser Basis soll ab sofort der Mietstreik solidarisch geführt werden, wie dies in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Koordinierungsausschusses NRW schon geschieht.

Ab November 1976 sollten im Papageienhaus die Mieten um 10 Mark angehoben werden. Daraufhin erklärten sich weit über 400 Mieter gegen diese Mieterhöhung und zahlten weiterhin die alte Miete.

Als Reaktion des Heimträgers flatterte den Mietern am 29. Nobember letzten Jahres ein Super-Sonderangebot des Heimträgers ins Haus: Falls die Mieter innerhalb von 14 Tagen kuschten, wolle man die Miete bis Ende 1978 kein weiteres Mal anheben.

Und damit auch alles seine Richtigkeit habe, solle man diesem Angebot per Unterschrift zustimmen, spätestens bis zum 13. Dezember.

Unterschriften erhielt die Verwaltung, sogar mehr als ihr lieb war, über 400 Stück. Allerdings erklärten sich diese Mieter keineswegs mit der erhöhten Miete einverstanden, sondern lehnten die als Betriebskostenerhöhung getarnte Mieterhöhung ab.

Die neue Kostenabrechnung, eigenartigerweise eine gänzlich andere als beim ersten Versuch der Mieterhöhung im November, machte die Miete auch nicht sozialer und unsere Portemonnaies erst recht nicht voller.

Für den 12.1.77 erklärte sic der Verein Studentenhaus Markstraße gütigerweise zu einem Gespräch bereit. Auf der Tagesordnung standen Mieterhöhung sowie der von uns geforderte satzungsgemäße Aufnahmebeschluß, der auch bei uns, wie in anderen Bochumer Heimen und in ganz Nordrehin Westfalen üblich, die Belegung des Heims vornehmen soll.

Relativ schnell wurde deutlich, daß der Heimträger nur dann dem Aufnahmeausschluß die Arbeit ermöglichen würde, wenn dies die Mieter durhc Wohverhalten d.h. Zustimmung zur Mieterhöhung honorieren würden. Im übrigen wurde offen zugegeben, daß die wirtschaftlichen Belange des Vereins für wichtiger angesehen werden als die sozialen Verpflichtungen Das Gespräch wurde, da von seiten des Heimträgers kein Einlenken zu erwarten war, ergebnislos vertagt.

Am 14. Januar ist nun die Mietauseinandersetzung in eine neue Phase getreten: der mildtätige Verein droht mehreren Mietern mit einem gerichtlichen Verfahren, wenn sie nicht binnen einer Woche den Differenzbetrag zwischen erhöhter Miete und alter Miete bezahlen.

Die betroffenen Mieter lassen sich jedoch durch diese Drohung nicht einschüchtern.

Sie wollen es darauf ankommen lassen, ob dieser Verein seine Selbstverpflichtung zur Wohltätigkeit wahrnimmt, oder ob er Mietern, die gewisse Zweifel an der Berechtigung dieser Mieterhöhung haben, ein Gerichtsverfahren anhägig macht.

Mieterrat Papageienhaus, i.A. J. Peschel

Vorstand der Studentenschaften, Ruhr-Uni Bochum, Lennershofstr. 60, 4630 Bochum

GEGENDARSTELLUNG ZU DEN STUPAWAHLEN (ID 161)

DARMSTADT
11. Februar

Falsch ist das angegebene Ergebnis der Stupawahlen.
Richtig ist:

SHB 1 Sitz (bisher 0 Sitze)
Ausländerausschuß 1 Sitz (bisher 0 Sitze)
MSB 1 Sitz (bisher 2 Sitze)
RCDS 15 Sitze (bisher 16 Sitze)
Jusos/Unabhängige 12 Sitze (bisher 14 Sitze)
Zentralrat 1 Sitz (bisher 2 Sitze)
KHG 0 Sitze (bisher 1 Sitz
Basisgruppen 8 Sitze (bisher 4 Sitze)

Falsch ist außerdem, daß eine Linksabspaltung der Jusos, die mit den Basisgruppen und der SHI sympathisierte, nach dem Kandidaturverbot eines linken Jusos gegründet wurde.

Richtig ist, daß es weder ein Kandidatur verbot für einen Juso gegeben hat, noch, daß eine Linksabspaltung der Jusos an der Technischen Hochschule Darmstadt gegründet wurde. Allerdings konnte ein Juso, der für die Liste der Juso-Hochschulgruppe/ Unabhängige kandidierte, auf einer Mitgliederversammlung der Jusos nicht die erforderliche Mehrheit für seine Kandidatur finden.

Wir möchten euch nochmal darauf hinweisen, daß es sehr bedauerlich ist, daß im ID Nachrichten verbreitet werden, die die Meinung und Wünsche der Basisgruppen zwar treffen, aber nicht dem Sachverhalt entsprechen.

Der Versuch, die Liste der Jusos/Unabhängigen politisch als Trotzkisten zu diffamieren, ist in der heutigen Zeit nicht nur eine Aufforderung an die sogenannten „Staatsschützer", sich mit diesen Leuten zu beschäftigen, sondern er ist auch vom politischen Verständnis und der konkreten realisierten Politik der Juso-Hochschulgruppe schlichtweg falsch. Zum besseren Verständnis möchtöen wir Euch die Stellung der Juso-Hochschulgruppe ausgedrückt in ihrer Satzung darstellen:

§ 1
Die Juso-Hochschulgruppe Darmstadt ist eine Projektgruppe der Junsozialistein im Bezirk Hessen-Süd der SPD. Sie orientiert sich an den Grundsätzen des Demokratischen Sozialismus.

Juso-Hochschulgruppe, Darmstadt

HOMOSEXUELLE HELFEN HOMOSEXUELLEN

FRANKFURT
9. Februar

... in Berlin

Die Arbeitsgruppe „Rat und Tat" der „Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft" e.V. (AHA) Berlin besteht seit zwei Jahren und hat acht Mitarbeiter. Ihre Einrichtung wurde notwendig, da sich schon bald nach der Gründung der AHA eine Vielzahl von Homosexuellen mit den verschiedensten persönlichen Problemen an uns wandte. Es wurde uns schnell klar, daß eine sinnvolle Beratung ohne eine gründliche Aus- und Weiterbildung nicht möglich ist: Konflikte mit der Umwelt, Freund und Eltern, Sexualprobleme, soziale und berufliche Schwierigkeiten bis hin zum Suicid: Es wurden plötzlich die verschiedensten Konflikte an uns herangetragen. Außerdem fehlte uns fast jegliche Erfahrung mit den verschiedensten Methoden der Gesprächsführung und mit den verschiedenen Behörden und Beratungsstellen. Auch reichten unsere psychologischen Kennntnisse bei weitem nicht aus Kurzum: Wir waren ziemlich hilflos damals.

Durch Referate an Gruppenabenden, Handzettel, regelmäßige Hiweise in der Beliner Presse und „Flüsterpropaganda" wurde unsere AG bekannt. Die Ratsuchenden nehmen entweder telefonisch oder persönlich Kontakt zu uns auf. Dienstags und Freitags stehen wir für persönliche Gespräche in der AHA zur Verfügung. Um die Kontaktaufnahme zu erleichtern, haben wir uns durch kleine gelbe Schildchen kenntlich gemacht. Außerdem sind wir – im Notfall – auch nachts zu erreichen.

Alle Beratungen und Hilfeleistungen sind kostenlos. Wir haben uns zur Verschwiegenheit verpflichtet. Außerdem kann sich jeder selbstverständlich anonym an uns wenden. Wir stehen übrigens grundsätzlich Mitgliedern und Nichtmitgliedern zur Verfügung.

Arbeitsgruppe „Rat und Tat" der AHA e.V., Behaimstraße 18, 1000 Berlin 10.

... in München

Die Arbeitsgruppe besteht gegenwärtig aus neun Mitgliedern im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Vier von ihnen stehen im Beruf, die anderen fünf sind in der Ausbildung.

Die Gruppe erhält briefliche und telefonische Anfragen. Die Adressen sind in den Zeitschriften „BLATT", „du&ich", „him" usw. veröffentlicht; die Telefonnummern sind über die Münchner Telefonseelsorge zu erfahren. Die in Briefen dargelegten Probleme sind bisher sehr unterschiedlich gewesen. Einige seien hier angeführt: Einsamkeit, Partnerschaftsschwierigkeiten, Pädophilie, Wehrdienst, religiöse Konflikte, Transsexualität. Es kamen aber auch Anfragen, welche leichter zu beantworten waren, wie z.B. Vermittlung eines verständigen Pfarrers, Suche nach einem geeigneten Lokal usw.

„Rat und Tat" hat auch einen Telefondienst eingerichtet. Die Telefonnummer von fünf Mitarbeitern sind bei den Münchner Telefonseelsorgen und beim VSG hinterlegt; sie stehen den Anrufern wahlweise zur Verfügung.

Arbeitsgruppe „Rat und Tat" des VSG e.V., Landwehrstraße 11 8000 München 2, Ev. Telefonseelsorge Tel. 595455 (Tag und Nacht).

... in Köln

Das glf-Sozialwerk hat den Zweck, sich mit den individuellen und gesellschaftlichen Problemen homosexueller Männer und Frauen auseinanderzusetzen und die Kommunikation zwischen Homosexuellen und Heterosexuellen zu verbessern. Dazu dient zunächst die Informations- und Beratungsstelle im Zentrum der glf, wo montags, mittwochs und freitags jeweils von 19 bis 22 Uhr Informationen und Beratung angeboten werden. Schwerpunkte sind das informierende und beratende Gespräch sowie die Weitervermittlung an geeignetere Einrichtungen, wenn die Problemlösung allein durch Gespräche nicht möglich ist.

Wenn jemand mit der Informations- und Beratungsstelle Kontakt aufnehmen möchte, kann er dies auch telefonisch oder schriftlich tun. Er kann auch ein Gespräch an einem neutralen Ort vereinbaren.

glf-Sozialwerk, Marienplatz 3-5, 5000 Köln, Tel. ab 19 Uhr 214001

(aus „emanzipation" 6/76)

INTERNATIONALES

WIEDER 40 000 DEMONSTRANTEN AUF DER STRASSE

ROM
10.Februar

Weniger als 24 Stunden nach der machtvollen Demonstration der radikalen Linken fand am Donnerstag eine fast gleich große Demonstration der ‚historischen Linken' statt. Aufgerufen zu der Demo hatten die Jugendorganisationen der PSI, der PCI, der Republikaner,sowie die PdUP und Avanguardia Operaia, die seit den blutigen Provokationen der Polizei auf der Piazza Indipendenza zwischen zwei Stühlen sitzen.

Die kommunistische Jugendorganisation hatte sich in tagelangen Debatten, intern und mit der Partei, auf das Abenteuer einer studentischen Massendemonstration vorbereitet. Dabei wurde die offizielle Parteilinie praktisch erledigt, die immer noch mit dem Slogan operiert: „*No al fascismo, no alla provocazione – battiamo il disegno dell'eversione*" (= Nein zum Faschismus, Nein zur Provokation (d.h. Linksradikale) schlagen wir die Pläne, die alles zerstören wollen). Die offiziellen Parolen der PC-Jugend richteten sich gegen die Ausbildungs‚reform' Malfattis: „Die Malfatti-Reform muß zugunsten der Studenten/Schüler geändert werden"; „Die Schule dem Volk"; dann auch: „Diese Gesellschaft muß geändert werden,die Volkseinheit muß regieren".

Aber bei diesen Parolen blieb es auch in dieser Demonstration nicht. Während aus den riesigen Lautsprechern die Parole tönt: „*die Politik der Opfer* (d.h. die Austerity-Politik) *reicht nicht, wir brauchen eine Regierung der Volkseinheit*" – immerhin schon ein Slogan im krassen Gegensatz zur PCI-Linie,setzt sich immer lauter unter Tausenden der Ruf durch: *No ai sacrifici!*" (=Nein zu den ‚Opfern').

Daß in Rom innerhalb von 24 Stunden zwei so machtvolle Demonstrationen stattfinden konnten, zeigt zum einen die tiefe Krise, in der Italien steckt und vor deren Hintergrund eine ‚Ausbildungsreform' nur eine Provokation sein kann. Da es keinen Numerus Clausus an den Universitäten gibt, studieren an den Unis Zigtausende nur auf dem Papier. Es gibt für sie weder genug Platz, ganz buchstäblich, noch gar Wohnraum. Und überleben können die meisten nur, wenn sie irgendeine Arbeit,meist schlecht bezahlte Schwarzarbeit übernehmen. Und wer wirklich

sein Studium beenden kann, ist arbeitslos. Gerade die Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Studenten nicht nur der Herkunft nach, sondern auch aktuell Arbeiter ist, macht auch den grossen Unterschied aus zur Studentenbewegung der Jahre nach '68. Außer der tiefen Krise der italienischen Gesellschaft zeigen die Demonstrationen und Unibesetzungen auch eine ungeheure Stärke und Entschlossenheit und eine klare Ablehnung der PCI-Politik der ‚Astensione', die man nach dem Scheitern der Proteststreiks in den Fabriken und im Öffentlichen Dienst gegen die ‚Opfer-Politik' in den letzten Monaten nicht mehr erwartet hatte.

Centro di Documentazione, c/o Libreria ‚il Picchio', Via Mascarella 24 b; I–Bologna

DIE ROLLE DER PCI IM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF:

Im letzten ID wurde über die Überfälle der Faschisten auf die Uni von Rom und die Reaktionen der Genossen berichtet. Hier noch ein Bericht über die Rolle, die die PCI in diesen Ereignissen gespielt hat:

Erste Reaktion der PCI auf die Polizeiüberfälle: „Faschisten und Provokateure (gemeint sind die linken Demonstranten!) wollen ein Klima der Spannung (tennsione) – schließt alle ihre Schlupfwinkel!" (Aussage des PCI-Verantwortlichen für die innere Sicherheit, Ugo Pecchioli noch am 2.2. in Rom). Und das offizielle Organ der PCI, „l'Unita" erscheint am nächsten Morgen mit einem Leitartikel unter der Überschrift „Feinde des Staates". Zunächst geht der Leitartikel von der scheinbar objektiven Feststellung aus: „An zwei aufeinanderfolgenden Tagen ist geschossen worden" und beschwört das Schreckliche dieser Tatsache, ohne sich im geringsten die Mühe zu machen nach den Akteuren oder gar Hintermännern zu fragen. Gut, am Dienstag waren es also die Faschisten, die den Überfall auf die Uni gemacht haben. Die einzig richtige Antwort auf die Demonstration der Gewalt ist die klare Zurückweisung jeglicher Gewalt in der Politik. Und dann geht es los: „Gegen diese Linie, gegen die Bewegung der Studenten und der Arbeiter, haben sich – wieder einmal – die Exponenten der sogenannten „colletivi autonomi' gestellt, die seit einiger Zeit, seit zu langer Zeit schon, eine derjenigen der Faschisten paralelle und in die gleiche Richtung wirkende Aktivität entfalten. Das sind nicht zwei entgegengesetzte Realitäten, es ist dieselbe Logik, die sie treibt, der Haß auf die demokratischen Institutionen, der Wille zum Umsturz der Republik durch Terrorismus und Guerillakrieg." Diese Gleichsetzung der Gewalt der Faschisten mit der im wahrsten Sinne des Wortes Selbstverteidigung der links von der PCI kämpfenden Gruppen gehört seit geraumer Zeit zum Inventar der PCI. Aber es kommt noch ärger: Es geht der PCI – und das ist nicht eine böswillige Unterstellung linksextremer Kritiker, sondern steht in dem schon zitierten Leitartikel der „l'Unita" – um die Stärkung und bessere Ausrüstung derjenigen, die das Blutbad an eben diesem Februartag angerichtet haben, nämlich der Polizei: „Die Polizeikräfte, denen die Verteidigung der Institutionen und die Sicherheit der Bürger obliegt, müssen instand gesetzt werden, die die Entwicklung der provokatorischen Pläne zu verhindern und müssen – mit starken Nerven – den Situationen entgegentreten können, die entstehen." Und dann: „Die Beamten müssen in jedem Augenblick das Bewußtsein haben, daß, sofern es sich um Aktionen von ‚squadri' (Faschisten, d.Red.) oder ‚Banden' (Linke, d.Red.) handelt, wie die vom Dienstag in der Universität oder gestern in der Piazza Indipendenza, das gesamte demokratische Lager hinter ihnen steht." Das ist in der Tat eine klare Aussage.

DIE WIRKUNG IM ÜBRIGEN ITALIEN

Wer die freien Radios empfangen kann, weiß es noch am selben Tag. Die anderen erfahren es etwas später. An den Universitäten tauchen Wandzeitungen auf. Die zum Teil ohnehin geplanten Versammlungen gegen die Ausbildungsreform werden umfunktioniert in Protestversammlungen und Demonstrationszüge gegen Faschismus und Polizeiterror. In Mailand demonstrieren am nächsten Tag über 10000 Studenten und Schüler. Die Mailänder Uni und nach und nach fast alle wichtigen Unis in ganz Italien werden von Studenten besetzt. In Bologna ziehen die Demonstranten auch vor das Hauptquartier der PCI (zum ersten Mal in der Geschichte Bolognas) Schmährufe ertönen, Hunderte von Demonstranten werfen Münzen vor das Tor, das hei heißt: Ihr seid gekauft!

Es zeigt sich, daß die „Zwischenfälle auf der Piazza Indipendenza", wie es die bürgerliche Presse nennt, eine neue Fase im Kampf der Studenten gegen die Ausbildungsmisere und ihre „Reform", gegen die riesige Arbeitslosigkeit, gegen die Perspektivlosigkeit der gesamten politischen Lage geworden ist. Am 9. Februar ziehen 40000 Demonstranten durch Rom. Und was vor ein paar Tagen die l'Unita noch als einen Haufen von Provokateuren bezeichnet hat, das ist die nicht ernsthaft bestrittene Führung. Die große Mehrheit der Slogans richtet sich nicht nur gegen die Regierung, gegen die Politik der „Astensione" der PCI dieser Regierung gegenüber, auch vor den Parteibüros der PdUP und AO Schmährufe und Pfeifkonzerte.

2000 DEMONSTRIEREN GEGEN KKW-PLÄNE

MONTALTO DI CASTRO
6. Februar

Nach der Demonstration vom vorigen Sonntag (siehe ID 163) im Nachbarort Capalbio, bei der für einige Stunden die Geleise der Eisenbahnstrecke Rom–Genua besetzt worden waren, kamen heute (6.2.) etwa 2000 Leute zu einer Kundgebung gegen die KKW-Pläne der italienischen Regierung und des staatlichen Energiekonzerns ENEL auf dem Marktplatz in Montalto zusammen. Aufgerufen hatten zu der Kundgebung die vereinigten Bürgerinitiativen von Montalto, Capalbio, Orbetello und Tarquinia. Der noch am letzten Sonntag propagierte Plan, die vierspurige Hauptstraße Via Aurelia (Rom–Genua) zu blockieren, wurde von den Sprechern der Bürgerinitiativen als überholt bezeichnet und die Anwesenden wurden eindringlich zu einer friedlichen Demonstration im „Gänsemarsch" am Rande der Aurelia aufgefordert.

Es scheint, daß die Parteizentralen ihre Leute in den kommunalen Gremien, die sich an die Spitze des Bürgerprotestes gestellt hatten, wieder im Griff haben. Das Zusammenspiel mit den etwa 100 Mann sichtbaren Carabinieri klappte hervorragend Nachdem sich nach Ende der Kundgebung zunächst ein etwas ‚spontaner' Demonstrationszug auf ganzer Straßenbreite in Richtung auf die Aurelia zubewegte, fanden wir plötzlich diese Zufahrt zur Aurelia durch etwa 60 Carabinieri blockiert. Zunächst großes Protestgeschrei, dann verhandeln. Ergebnis: Wenn geordnet in Zweierreihen marschiert wird, kann die Demonstration weitergehen. Daraufhin ziehen die Carabinieri in geschlossener Formation ab. Auf der Aurelia selbst halten sich die Demonstranten zwar nicht an die Abmachung mit den Zweierreihen, aber die Anwesenheit der vielen Carabinieri in Mannschaftswagen vor und hinter dem Zug mahnen doch, wenigstens nicht die Mittellinie zu überschreiten, so daß der Verkehr in beiden Richtungen am Zug vorbeigeleitet werden kann.

Irgendwann platzt einigen der Kragen, sie gehen bewußt über die Mittellinie und plötzlich hält der Zug, alle strömen auf die gesamte Straße. Der Verkehr ist blockiert. Hektisches Verhandeln der Bürgerinitiativleiter mit den Carabinieri, schließlich Apelle im lauten Tonfall, gemischt mit Drohungen über sonst notwendige Maßnahmen: der Zug formiert sich wieder auf der rechten Seite der Straße. Das wiederholt sich noch zweimal. Ir-

gendwo, nach drei bis vier Kilometer Hauptstraße, schwenkt der ganze Zug um und kehrt zurück nach Montalto. Eben vor dem Ort ist auf einem Lastwagen eine Lautsprecheranlage aufgebaut. Ein „Verantwortlicher" dankt den Demonstranten für ihre Besonnenheit. „Provokateure gehören nicht zu uns!" Dann löst sich die Demonstration auf. Offiziell hat sich die Linie der Parteizentralen (PC, PSI usw.) durchgesetzt. Auf dem Marktplatz von Montalto stehen noch lange einige hundert Menschen in Gruppen herum und diskutieren, viele Bauern, Schäfer aus der Umgebung, einige haben eigenen Wein mitgebracht und einige Wurst und Brot. Die Auffassungen sind widersprüchlich. Einige aus Rom angereiste Mitglieder der „gewaltfreien Aktion" sagen: Wenn wir uns nicht an die Abmachungen mit der Polizei gehalten hätten, dann hätten sie gegen uns einschreiten müssen, sie tun auch nur ihre Pflicht; einige Bauern und Schäfer verstehen diese Art Pflicht nicht; die Bullen sind die Staatsgewalt, die uns das KKW hier hersetzen will, sie sind unsere Feinde. Alle werden zur nächsten Demonstration am nächsten Sonntag in Orbetello wiederkommen (die Schäfer nur, wenn ihre Schafe dann nicht gerade Lämmer kriegen). Wie sich der Kampf weiter entwickeln wird, scheint im Augenblick ganz offen.

Ein paar Hinweise noch auf die Veränderung, die zwischen der Demo in Capalbio und der heutigen in Montalto eingetreten ist. In Capalbio hatte es eine fast zweistündige Diskussion auf dem Bahnhof gegeben mit zahllosen spontanen Diskussionsbeiträgen. Schon damals hatten sich die Parteienvertreter vorsichtig geäußert und aus taktischen Erwägungen von einer Blockierung der Schienen abgeraten. Aber die überwältigende Mehrheit wollte die Schienen besetzen, und die Schienen wurden besetzt. Und der Bürgermeister von Montalto und andere lokale Persönlichkeiten sonderten sich jedenfalls nicht ab, sondern blieben, wenn auch unmittelbar neben den G leisen, doch bei den Massen der Demonstranten. Diesmal war besser vorgeplant: Es gab so viele und lange offizielle Reden, daß es schließlich eine Erlösung schien, als es hieß: wir wollen eure Geduld nun nicht länger strapazieren, der Demonstrationszug kann beginnen. Es gab keinen einzigen Diskussionsbeitrag übers Mikrofon.

Und obgleich sich alle Demonstranten einig waren (das bezeugen die Schilder und Transparente, die waren noch spontan!), daß wir keine Kernenergie wollen und brauchen, daß man statt Nuklearzentralen lieber Milchzentralen bauen solle usw., konnten die vereinigten Bürgerinitiativen ein Flugblatt herausgeben, aus dem hier ein paar Sätze zitiert werden (sie sind nicht aus dem Zusammenhang gerissen, sondern das ganze Flugblatt ist im gleichen Sinn!):

„...Sie (die vereinigten Bürgerinitiativen) danken für ihre Teilnahme allen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen, allen politischen Kräften, allen Parteien und Gewerkschaften, die hier sind zu dem einzigen Zweck, friedlich für die Legitimität eines Protestes zu demonstrieren und für das Recht, seine eigene Meinung zu einem der erschütternsten technologischen Themen der modernen Zivilisation zu äußern." Welche Gedankenakrobatik. Und das nur, um nicht die zentral festgelegte Energiepolitik der PCI und der PSI zu durchkreuzen. Das Flugblatt schließt denn auch mit der Beschwörung der einzigartigen Werte, die es gerade in der dort betroffenen Gegend, in der Maremma, zu erhalten gilt. Ob die Parteien diese Linie gegen die Bevölkerung werden durchsetzen können, scheint aber sehr zweifelhaft. Eine Woche vorher hatte sogar noch der Bürgermeister von Montalto (PSI) in einem Interview mit Radio Alice (Freies Radio in Bologna) gesagt: „Diesen Kampf kann nur das Volk selber führen. Die Parteien sind an ihrer Spitze viel zu sehr mit all den Machtinteressen des Staates verflochten." Dem wollen wir nichts hinzufügen.

Centro di Documentazione, c/o Libreria „il Picchio", Via Mascarella 24b, I- Bologna

CHRONOLOGIE MILITANTER EREIGNISSE
IN ITALIEN IM DEZEMBER 76 + JANUAR 77

Chronologie vom Dezember 1976

BOLOGNA
14.Februar

14.12. ROM: Ein bewaffnetes Kommando greift den stellvertretenden Polizeichef und Chef des Antiterrorismus von Lazium,Noce an, als er morgends von zwei Wachen begleitet ins Auto steigt. Bei dem Schußwechsel werden der Fahrer des Wagens von Noce und ein Mitglied des Kommandos, Martino Zichitella erschossen. Noce und der andere Polizist werden verletzt. Zichitella gehörte bei der von den NAP (Nuclei Armati Proletari = Bewaffnete Proletarische Zellen) organisierten Entführung des Richters De Gennaro (Mai 75) zum ‚inneren Kern', der die gleichzeitige Revolte im Gefängnis von Viterbo organisierte. Am 20.August 76 war er zusammen mit anderen Gefangenen in einer spektakulären Flucht aus dem Gefängnis von Viterbo ausgebrochen. Nach einem ballistischen Gutachten stammt die Kugel, die Zichitella getötet hat, aus einer MP des Kommandos selbst. Im Prozeß in Napoli verlesen die NAP ein Kommunique, in dem es heißt, daß Zichitella durch militärisch-technisches Versagen gefallen ist.

15.12. SESTO SAN GIOVANNI (Mailand):
Hausdurchsuchungen morgens um 5 Uhr in einer Wohnung bei einem Genossen, Walter Alasia, der verdächtigt wird, den BR (Brigate Rosse) anzugehören. Walter Alasia wird bei der Durchsuchung erschossen. Außerdem zwei Karabinieri. Nach der offiziellen Version ist Walter auf der Flucht erschossen worden; nachdem er sofort auf die in die Wohnung eintretenden Karabinieri geschossen habe. Eine andere Version ergibt sich auf einer von Tempo und Radio Milano Popolare organisierten Pressekonferenz, wo einer der Träger eines Unfallwagens sagt: es sind drei Unfallwagen bestellt worden. Mit zweien wurden die Körper der beiden Karabinieri abtransportiert; die Mannschaft des dritten mußte im Hausflur warten. Dann hörte man draußen einen Schuß und die Mannschaft des dritten sei in den Hof geschickt worden und habe dort Alasia gefunden.Das heißt, Alasia war verletzt und ist dann, nachdem er wahrscheinlich versucht hat, aus dem Fenster zu fliehen, kaltblütig erschossen worden.

16.12. BRESCIA:
Eine Bombe explodiert vor einem Zeitungskiosk. Zahlreiche Verletzte, eine alte Frau wird getötet. Die faschistische Matrix des Attentats ist klar. Trotzdem schreiben am 22. die Zeitungen: Ermittlungen in Brescia ergeben Verbindungen zwischen BR und d der neonazistischen Gruppe Nuova Fenice. Dann wird diese Theorie wieder fallengelassen.

Im Anschluß an den Ereignissen in Rom und Sesto (Brescia wird fast nicht mehr erwähnt) Konferenzen und Beratungen auf Regierungsebene, aus denen sich folgende Projekte herauskristallisieren:

— Bessere Bezahlung und effizientere Ausbildung der Polizei in der Polizei offenbar große Unruhe; viele weigern sich, zu politischen Operationen eingesetzt zu werden). Ausarbeitung genauerer Richtlinien für Schußwaffengebrauch.

— Schaffung von Spezialrichtern und Spezialgerichten für ‚Antiterrorismus'.

— Erhöhung der ‚Sicherheit' der Gefängnisse: Außenbewachung durch das Militär oder Konzentration der gefährlichen Gefangenen in einem Gefängnis.

Santillo, der nationale Chef des Antiterrorismus, sagt dazu: „... in Deutschland und in Frankreich kann die Polizei verhaftete Terroristen verhören und sie bis zu 6 oder 10 Tagen festhal-

ten. Es gibt keinerlei Gewaltanwendung: einige Tage Verhör können auch die ‚Härtesten' weich machen. Ein einziges nationales Gericht für subversive Verbrechen könnte schließlich den Behörden solche Schandflecke wie den Prozeß von Napoli ersparen". (in einem Interview mit Tempo am 26.12.76)

Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Formierung der ganzen Gesellschaft geht vor allem von der PCI (Kommunistische Partei Italiens) und den Gewerkschaften aus:

Storti (Sekretär der Vereinigten Gewerkschaften UGIL-CISL-UIL: „Nachdem die Ziele ausgemacht sind, muß die ganze demokratische Gesellschaft, in allen ihren Ausdrucksformen, handeln."

Ingrao (President der Camera - linker Flügel der PCI): „Die Antwort auf eine wahrhaftige Sabotage der Demokratie ... muß ein politischer und ideeller Kampf sein, der auf allen Ebenen geführt wird. Soziale Umwelt, Gerichte, Polizeiapparat,Gefängnisse, selbst das Funktionieren des Parlaments müssen zusammen gesehen werden".

18.12. MAILAND:
Molotowanschlag gegen die CONI, Tennisvereinigung; ein Protest gegen den Abflug der italienischen Tennismannschaft nach Chile.

19.12. MAILAND:
Anschlag gegen den zentralen Computer der Montedison (Pharmaindustrie). Der Computer,der mitten im Werksgelände liegt, wird schwer beschädigt. Die Aktion findet mitten am Tag, um 12.30 Uhr statt:
3 Männer und eine Frau präsentieren sich beim Pförtner; der öffnet die Tür und wird überwältigt. Zwei bleiben in der Pförtnerloge, die anderen erreichen das Computerzentrum,immobilisieren die Techniker, einer steigt in den ersten Stock, und montiert die Sprengkörper. Das Kommando entkommt, ohne Spuren zu hinterlassen.
Die Polizei verwechselt die vorher angekommenen Feuerwehrleute mit Mitgliedern des Kommandos und eröffnet das Feuer. Einem Polizeifunktionär wird eine Hand abgeschossen. In der Montedison wird ein Kommunique der ‚Unita comunista combattente' gefunden, die die Verantwortung für den Anschlag übernimmt. nach dem Corriere della Serra heißt es darin, daß die Politik der Montedison zur Entlassung von Angestellten und zur Erhöhung der Preise einer Reihe von Medikamenten geführt hat. Und weiter: „Wir haben das festgestellt aufgrund der bei der Durchsuchung der Assofarma (Vereinigung der chemisch farmazeutischen Industrie) beschlagnahmten Dokumente." (Die Assofarma war am 12.November 76 von der Gruppe durchsucht worden.)

Es gab auch andere Aktionen der ‚Unita comunista combattente', die bekannt geworden sind: zum Beispiel die Entführung des Fleischgroßhändlers Guiseppe Ambrosio am 14.7. in Rom. Für seine Freilassung wurde der Verkauf von Rindfleisch zu 1.500 Lire (etwa 5 Mark) pro kg in 70 Schlachtereien Roms verlangt. Ambrosio wurde nach zwei Tagen in seinem Versteck von der Polizei gefunden.

3.12.MONZA:
Anschlag gegen den Sitz der Unternehmervereinigung in Monza. Die Verantwortung übernimmt die Gruppe ‚Gruppo di fuoco Nr. 1 Milano — Prima linea'. Das Kommunique sagt - nach Corriere: „Der Anschlag ist Reaktion auf das dritte Zusammentreffen von Confindustria und Gewerkschaften auf der Basis des Unternehmerprojekts „Bei weniger Kosten mehr produzieren," das in seiner Entfaltung einen nie dagewesenen Angriff auf die Autonomie der Klasse beinhaltet: Von der Kampagne gegen den Absenteismus über die Rekonstruktion der Kommandohierarchien zur drastischen Reduzierung der Arbeiterlöhne".

Chronologie vom Januar 1977

31.12./1.1. MONZA:
Anschlag auf die Kaserne der Karabinieri.Die Verantwortung übernimmt die Gruppe ‚Nucleo combattente comunista 5 giugno'. Das Kommunique sagt: „Heute, am 31. Dezember hat ein nucleo combattente die Kaserne der Karabinieri in der Via Volturno in Monza angegriffen. Dies ist unser Geschenk für die Wachhunde der Bourgeoisie fürs nächste Jahr. Bewaffneter Kampf für den Kommunismus bis zum Sieg." Weiter:„Es ist kein Zufall, daß sich bei der Repression gegen die kämpfenden Genossen der PCI, die Gewerkschaften und die Repressionsorgane des Staates alle vereint finden. Die Herren sollen sich keine Illusion machen: früher oder später werden sie den Preis für ihren Verrat zahlen."

3.1.
Ausbruch von 13 Gefangenen aus dem Gefängnis von Trevise, darunter Prospere Gallinari von den BR. Keine Spur.

5.1.
Justizminister Bonifacio wiederholt:
a. für die Justiz: neue Strafprozessordnung und auf organisatorischem Gebiet ein mutiger Eingriff in die Strukturen des Rechtswesens";
b. für die Gefängnisse: Übernahme der Außenbewachung durch das Militär.

7.1. MAILAND:
Berufungsverfahren gegen Roberto Ognibene (BR; wegen „Mord" an einem Karabinier e in erster Instanz zu 28 Jahren verurteilt). Im Justizplaast großes Polizeiaufgebot, mehrfache Sperren, scharfe Kontrollen. Ognibene entzieht seinen Verteidigern das Mandat und liest eine Erklärung. Gericht ernennt zum Pflichtverteidiger Prisco, Präsident der Rechtsanwaltskammer, bekannter Faschist. Ognibene wird nach Verlesung der Erklärung von der Verhandlung ausgeschlossen: Verlesung politischer Statements gehören nicht zum Prozeß. Fortsetzung und Schluß der Verhandlung am 2.1.77: Das Urteil von 28 Jahren wird bestätigt. Ognibene wird auch von dieser Verhandlung ausgeschlossen, weil er seinem Pflichtverteidiger das Wort abschneidet.

9./10.1. ROM:
Mehrere Anschläge gegen Telefonschaltkästen der Telefongesellschaft SIP (es sind Erhöhungen der Telefongebühren angekündigt); unter anderem werden dadurch die Telefone des Schatzministerium und der SIP-Zentrale selbst isoliert.

11.1. ROM:
Anschlag gegen den Kongreßpalast in der EUR, der bis auf die Grundmauern abbrennt. 2 Tage später sollte dort der nationale Kongreß der MSI stattfinden. Verantwortung übernommen von der Gruppe „Nuovi Partigiani".

15.1.:
Aus der Sitzung des Ministerrats über Öffentliche Sicherheit vom 13.1. sickert durch: Nichtanwendung des Gesetzes über die Gefängnisreform; scharfe Kritik gegen „permissive" Richter, aber keine operativen Maßnahmen; Verabschiedung eines Gesetzes über das Gefängnisbauwesen.

16.1. LECCO:
Ein bewaffnetes Kommando befreit drei Gefangene aus dem Gefängnis von Lecco. Die drei befreiten Gefangenen waren in die Entführung eines Studenten im letzten Jahr verwickelt.

RADIO—ACTIVE SENDET WIEDER

LYON/MALVILLE
17.Februar

Radio-Active meldet:
„Seit Juli 76 konnte man auf UKW, 101 MHz, nichts mehr empfangen.
Aber ab dem 7.Februar 1977 sind die Stimmen der Gegner des Baus desSchnellen Brüters in Malville jeden Abend um 19.30

Uhr auf dieser Wellenlänge wieder zu hören. Der Piraten-Sender in Lyon wird Ihnen die letzten Informationen über die Lage in Malville, über den Widerstand der Bevölkerung angeben, und noch einmal erklären, warum wir gegen den Bau dieser Anlage sind.

Eine Tagung (Assises contre Super-Phenix) wird am 19. und 20.Februar in Morestel, unweit vom Bauplatz, stattfinden. Dort wird entschieden, welche Aktionen, Großdemonstrationen, oder ‚härtere Maßnahmen' (in aller Gewaltlosigkeit) in Zukunft veranstaltet werden, um den weiteren Bau zu verhindern. Kommt zahlreich dorthin, der Sommer kann über Malville heiß werden.!"

FÜNF BRITISCHE SOLDATEN VERURTEILT

BELFAST
14. Februar

Vier britische Soldaten und ein Unteroffizier waren vor einem Belfaster Gericht geständig, im Jahre 1975 im Stadtteil Andersonstown mehreren unschuldigen Leuten bei Hausdurchsuchungen Munition „untergeschoben" zu haben. Diese Leute wurden daraufhin — wie üblich — zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. In diesem Fall war es Bürgerrechtsorganisationen ausnahmsweise möglich, die verbrecherische Handlung der Briten nachzuweisen. Man kann sich denken, in wie vielen Fällen diese Methode geübt wird — wo sie nicht nachweisbar ist.

So vorerst auch im Fall des 17jährigen Padraig Wilson, der noch im August 76 an einem Zeltlager des Westdeutschen Irlandssolidaritätskomitees (WISK) in Norddeutschland teilnahm. Padraig Wilson wurde — zusammen mit seiner Familie — am 16.12.76 verhaftet und befindet sich nun schon seit Wochen im Zuchthaus Crumlin Road. Padraig, dem die Soldaten mehrfach bereits gedroht hatten, ihn demnächst zu verhaften, wurde dann auch planmäßig einkassiert, nachdem bei einer Hausdurchsuchung angeblich Sprengstoff gefunden wurde. Obwohl er nächtelang geschlagen wurde, weigerte er sich, das vorgefertigte „Geständnis" zu unterschreiben. Daraufhin führten die Soldaten seine Mutter und seine 12jährige Schwester Fiona vor und drohten, die beiden entkleidet einer Gruppe angetrunkener Soldaten vorzuführen. Daraufhin unterzeichnete Padraig ein „Geständnis", das er später aber widerrief.

Padraig Wilson sagt, daß er sich sehr über Briefe aus Deutschland freuen würde, schreibt ihm mal in englischer Sprache:

Padraig Wilson, Crumling Road Jail, Belfast, Nordirland

Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee (WISK) Postfach 35 6370 Oberursel 5

GEFAHR DES LOYALISTISCHEN PUTSCHES WÄCHST

NORDIRLAND
12. Februar

Wie die Agentur Reuter am 8.2. meldet, wurde in Ulster von loyalistischer Seite eine neue 500 Mann starke „Terrorgruppe" gegründet, deren Aufgabe es sei, „jeden Angehörigen der IRA oder ihrer Sympathisanten zu vernichten". Laut Reuter setzt sich diese Truppe aus Ex-Soldaten der britischen Armee zusammen. Bereits am 5.1.77 hatte Reuter gemeldet, daß die Loyalisten Nordirlands fabrikmäßig und in großer Auflage ihre eigenen Waffen herstellen. Es handele sich dabei um eine verbesserte Version der Sterling Maschinenpistole, die eine Standardwaffe der britischen Armee darstellt.

Da anzunehmen ist, daß dem britischen Geheimdienst die Existenz ganzer Waffenfabriken nicht verborgen geblieben sein dürfte, kann man daraus schließen, daß diese umfangreichen militärischen Vorbereitungen auch mit ihrer Duldung organisiert werden, die dem endgültigen Ziel eines globalen loyalistischen Putsches in Nordirland dienen: unter britischer Regie, wie es sich versteht.

Die ab dem 25. April 77 geplante Rundreise des WISK mit Vertretern irischer Befreiungsorganisationen wird damit noch einmal wichtiger. Wir bitten alle, die im Rahmen dieser einmonatigen Rundreise Veranstaltungen übernehmen wollen, sich mit uns sofort in Verbindung zu setzen: **WISK — Postfach 35 — 637 Oberursel 5 — Tel. 06171/73212**

ZUSAMMENSCHLUSS ALLER ANTIIMPERIALISTISCHEN ORGANISATIONEN

DERRY
16. Februar

In Derry, der zweitgrößten Stadt in Nordirland, haben sich letzte Woche alle antiimperialistischen Organisationen zu einer gemeinsamen „Irish Front" zusammengeschlossen. Dem Bündnis gehören u.a. an: Provisorische Sinn Fein/IRA, die IRSP, die Irish Nationalist Party, das Prisoners Action Committee und ehemalige Mitglieder der Republican Clubs (Officials). In einer gemeinsam herausgegebenen Erklärung heißt es: „Jede der beteiligten Gruppen genießt die unumschränkte Freiheit, ihre eigene Politik fortzusetzen; alle Beteiligten haben das Recht, die Politik jeder anderen beteiligten Organisation zu kritisieren; alle antiimperialistischen Organisationen haben das Recht zur Teilnahme."

Bemerkenswert daran ist, daß sich die provisorische IRA und Sinn Fein erstmals einem solchen Bündnis anzuschliessen, ohne auf einen Alleinvertretungsanspruch zu insistieren sowie die Bereitschaft zeigen, die eigene Politik einer Kritik zu unterziehen. Eine ähnliche Gründung steht in Belfast und anderen nordirischen Gebieten bevor.

EIN WEITERER BRITISCHER SCHAUPROZESS ERÖFFNET

LONDON
14. Februar

Am 24. Januar begann vor dem Londoner Old Bailey Gericht ein weiterer Prozeß gegen vier Mitglieder der IRA; daß sogenannte „Balcombe Street Trial". Harry Duggan, Hugh Doherty, Eddie Butler und Joe O'Connel werden angeklagt, sich an 48 Bombenanschlägen und militärischen Attacken gegen britische Einrichtungen beteiligt zu haben.

Alle vier Angeklagten verweigerten jede Aussage vor Gericht. Mit einer Ausnahme, wo alle vier einmütig erklärten, zwei Bombenanschläge auf die britischen Offizierskneipen in Guildfordund Woolwich ausgeführt zu haben. Wegen dieser beiden Anschläge waren ein Jahr zuvor vier irische Jugendliche zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Um der aus dies er Aussage entspringen Verlegenheit zu entgehen, beschloss das Gericht

a) diese Aussage „nicht zur Kenntnis" zu nehmen und
b) den vorher verkündeten Katalog von 48 angeblichen Anschlägen auf 12 zu reduzieren. Als die vier Angeklagten dennoch damit begannen, minutiöse Schilderungen ihres Anschlages auf die beiden Offiziertskneipen vor Gericht auszupacken, wodurch ja ihre tatsächliche Verantwortung bewiesen worden wäre, wurde ihnen das Wort entzogen. Das Gericht wäre auch sonst in die peinliche Lage gekommen, das Verfahren gegen jene jungen Ir en wieder aufzunehmen, die doch we gen eben dieser beiden Anschläge vor eben diesem Gericht zu Lebenslang verurteilt worden waren — weswegen sie bis heute auch ihre Unschuld beteuern. Man sieht, daß die Verurteilung nicht nur vor deutschen oder chilenischen

Gerichten längst völlig unabhängig von jeder „Beweislage" ist. In einer Erklärung betonen die vier vom Balcombe-street-trial, sie „würden vor Gericht genauso für die Gerechtigkeit ihrer Sache kämpfen, wie vorher außerhalb mit anderen Mitteln."

Nähere Informationen über irische politische Gefangene in England über **WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel 5**

IRLANDS STAATSCHEF ZU BESUCH IN WESTDEUTSCHLAND

OBERURSEL 14. Februar — Am 7. Februar empfing Bundespräsident Scheel den irischen Staatspräsidenten Patrick Hillery in Bonn. Hillery will weitere Besuche in München, Köln und Würzburg unternehmen. Es war alles in allem ein unglücklicher Besuch. Hillery erschien erklärtermaßen, um mit Vertretern der westdeutschen Industrie über neue Investitionen in Irland zu sprechen. Drei Stunden nach seinem Eintreffen in Bonn aber reiste AA-Chef Genscher mit 22 Spitzenvertretern der westdeutschen Wirtschaft in Richtung Saudi-Arabien ab. So muß Hillery mit nicht viel mehr als dem Heiligen Kilian vorliebnehmen, einem in Würzburg begrabenen Wandermissionar irischer Abstammung, einem der ersten Emigranten.

SEAN CAMPBELL IM HUNGERSTREIK

FRANKFURT 14. Februar — Sean Campbell, Kriegsgefangener Ire im Zuchthaus Parkhurst, Albany, Isle of Wight, befindet sich seit dem 6.2.77 in einem totalen Hunger- und Wasserstreik. Er fordert die Verleglung in ein nordirisches Gefängnis. Schreibt Protestbriefe an die britische Regierung!

LONDON ERNEUT VOR DEM GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

STRASSBURG 14.Februar — Am 7.2. eröffnete der Straßburger Gerichtshof eine neue – diesmal mündliche – Verhandlung gegen die britische Regierung. Zur Debatte stehen neue Fälle englischer Folter an Nordiren. Bereits Ende des letzten Jahres wurde England in einer ersten Verhandlungssequenz wegen Folter in mehreren Fällen für schuldig erklärt.

NACHRICHTEN AUS DEM SAMIZDAT

FRANKFURT 15.Februar — *Wir drucken im folgenden weitere Dokumente aus dem politischen Widerstand in der UDSSR ab. In der letzten Nummer des ID berichtete ein Mitglied der Moskauer Oppositionellen-Gruppe über deren Geschichte seit 1956 und die Ausdehnung des Kommunikationsnetzes zwischen verschiedenen Gruppen in der UDSSR – kurz ‚Samizdat' (= Selbstherausgeber) genannt. Dokumente aus dem sowjetischen Widerstand werden seit einiger Zeit von einem Kollektiv in Frankreich in einer eigenen Zeitung ‚canard sauvage' veröffentlicht. Die Zeitung ‚Liberation' druckt sie jeden Freitag auszugsweise ab. Die folgenden Berichte haben wir der ‚Liberation' vom 17.12.76 entommen.*

WIDERSTAND IN DER UKRAINE

Schon unter den Zaren und anderen Besatzungsmächten hat die Ukraine (47 Mio. Einwohner, zweitgrößte Republik der UDSSR) immer eine autonome Existenz für sich gefordert. Die Oktoberrevolution schien anfangs eine solche zu ermöglichen; aber das war nur ein Stohfeuer: schon im Juli 1933 beging der ukrainische Bolschewik Mykola Skrypnyk Selbstmord, um damit ein Zeichen für den Protest gegen die brutale Russifizierungs-Politik in seinem Land zu setzen. Nach dem XX.Kongreß der KPdSU (1956) wurde er zwar rehabilitiert – an der Sachlage änderte sich jedoch nichts. Allein von 1960 bis 1970 wurde in mehr als fünfzig Prozessen über etwa hundert ‚ukrainische Nationalisten' eine Geldstrafe von 600 Jahren Gulag verhängt. Mit dem Ruf „Freiheit für die Ukraine" beging im Jahre 1968 in Kiew ein Volksschullehrer eine Selbstverbrennung. Einem anderen, der dasselbe versuchte, mißlang sein Vorhaben knapp. Man kümmerte sich daraufhin um ihn, indem man ihn für 2 1/2 Jahre ins Gefängnis steckte. Die Fälle des Stepan Sapekiak und des Basil Fedorenko sind Beispiele dafür, was es einen kosten kann, Ukrainer zu sein und sich darauf zu berufen:

Das Heimatdorf von Stepan Sapeliak

Im Gefängnis von Wladimir, wo die ‚Unverbesserlichen' sitzen, schimmelt seit dem Juli 1976 ein junger Mann – 26 Jahre alt – namens Stepan Sapeliak vor sich hin. Jetzt sind es schon drei Jahre, daß er seine Runde durch die Zuchthäuser und Lager macht. Seine Geschichte ist die seines Dorfes Rossokatsch in der Ukraine:

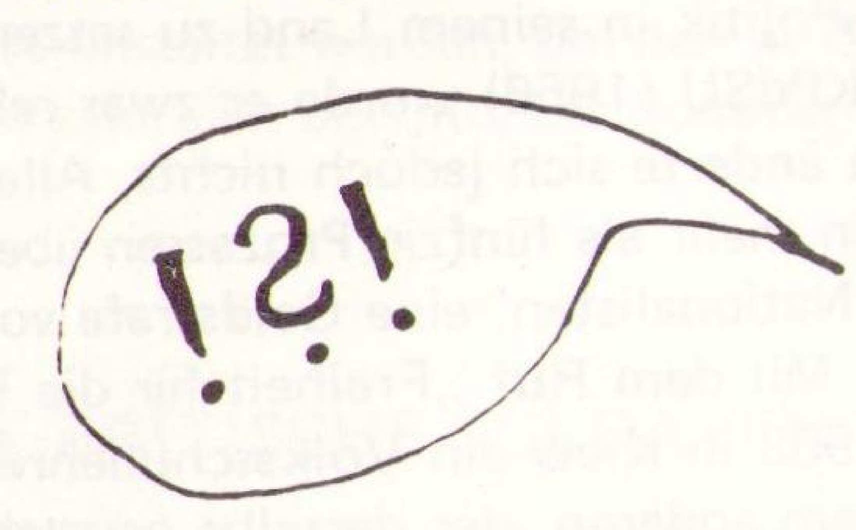
Rossokatsch ist ein historischer Ort. Schon zur Zeit der Aufstände gegen die polnische Besatzung hatte man dort einen großen Grabhügel errichtet, in dem seither alle begraben wurden, die für die Unabhängigkeit der Ukraine fielen.

Und schon seit jenen Zeiten war allen Besatzungsmächten (Österreich, Polen,Deutschland) dieses Denkmal ein Dorn im Auge. Oft ließ man es zerstören, aber die Bevölkerung errichtete es jedesmal von Neuem. Erst die Sowjetmacht hat den Hügel schließlich vollends vernichtet und gleich die ganze Gedenkstätte eingeebnet. Daraufhin sprengten jedoch das nahe bei dem Dorf aufgestellte Ehrenmal des ‚Unbekannten Soldaten' in die Luft: der ‚Unbekannte Soldat' hatte mit seinem Stiefel auf ein Land getreten, das ihm nicht gehörte und sein MG war auf die Bewohner der Ortschaft gerichtet. Auf den Trümmern des Ehrenmals fand sich sich Aufschrift: „Für die Zerstörung des Grabhügels". Diese Ereignisse – die Zerstörung des Ehrenmals und die Einebnung des Grabhügels – trugen sich 25 Jahre nach dem Ende des 2.Weltkreiges zu. Stepan Sapeliak und einige andere Gleichgesinnte wurden im Jahre 1973 am 55.Jahrestag der Proklamierung der Volksrepublik Ukraine (1918) angeklagt, sowjetische Fahnen eingeholt und zerrissen und stattdessen die ukrainische Nationalflagge – blau und gold – mit der Aufschrift ‚Unabhängigkeitstag' gehißt zu haben. Die Bevölkerung hatte diesen Fahnentausch mit Beifall und Freude begrüßt. Unter die Aufschrift schrieb man weitere Parolen: „Russen haut ab" ... und dergleichen.

Man verhörte einen alten Einwohner von Rossokatsch, der bei einer Hütte wohnte, auf der mit Hilfe eines Seils in sehr großer Höhe eine kleine Fahne gehißt worden war. Man fragte den Alten, wie sich das zugetragen habe. Er erzählte: „Also am Abend, sah ich noch Eure Fahne da hängen, ja, und am Morgen war sie zu meinem großen Erstaunen ausgetauscht und unsere hing da."

Im Frühjahr 1975 brachte man Sapeliak aus seinem Lager im Ural in die Ukraine und versuchte lange und hartnäkkig, ihm eine ‚Selbstkritik' abzupressen. Erst versprach man ihm seine Entlassung, dann drohte man ihm physische Folter an, aber alles vergeblich. Er ‚bereute' nichts. Daraufhin wur-

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90



Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen—sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !?!

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

de er an seinem Heimatdorf vorbeigebracht. Dort machten sie Station und boten ihm an: „Geh nach Hause, wir sehen schon, daß Du bereut hast. Morgen brauchts Du dann nur noch die Erklärung zu unterschreiben." „Nein, das werde ich nicht tun."

Im Sommer 1975 wurde Stepan Sapeliak wieder in das Lager Nr. 36 im Ural zurückgebracht. Seit seiner Rückkehr dorthin vergeht kein Monat ohne irgendwelche Bestrafungen; unter einem Vorwand wurde er in die Arrestzelle gesperrt, im Mai 1976 kam er für einen Monat in das Lagergefängnis. Mehrere Male am Tag wurde er durchsucht und mußte sich dabei vollständig ausziehen.

Im Mai 1976, als Sapeliak sich im Lager-Gefängnis befand, kam der KGB-Major Tscherniak in seine Zelle und forderte ihn auf, die Angelegenheit noch einmal zu überdenken. Sapeliak kehrte ihm aber nur den Rücken zu. Da schrie Tscherniak ihn an: „Ich werde Dich derart austrocknen, daß Du Dir, wenn du Rauskommst, Steine in die Taschen stecken mußt, wenn Du nicht vom Wind weggeblasen werden willst."

(Der Text stammt vom Oktober 1976)

KKW Biblis Block A und B